



Kundmachung

über die in der 24. Sitzung der Gemeindevertretung am 14.12.2017 gefassten Beschlüsse

1. ANSCHAFFUNG EINES TANKLÖSCHFAHRZEUGES

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Für die Feuerwehr Lustenau wird über die Bundesbeschaffungsgesellschaft ein Tanklöschfahrzeug 4000 MAN TGM 18.340/3900/4x4 zum Bruttopreis von € 418.217,54 angeschafft. Die Lieferzeit beträgt 52 Wochen ab Bestelleingang, die Bezahlung erfolgt im Jahr 2019 und muss daher im Voranschlag 2019 verbindlich enthalten sein. Die Landesförderung beträgt 25%, das sind € 104.554,39, somit werden € 313.663,15 budgetwirksam.

2. RÄUMLICHE ADAPTIERUNG MITTELSCHULE RHEINDORF

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Marktgemeinde Lustenau stimmt der räumlichen Neugestaltung der MS Rheindorf zur Schaffung von Mittags- und Freizeitbetreuung im Erdgeschoss und Unterrichtsräumen in den beiden Obergeschossen zu. In diesem Zuge wird die Einhausung des Stiegenhauses umgesetzt.

Als Grundlage dient der Vorentwurfplan der Architekturwerkstatt Dworzak – Grabher, Lustenau mit einer Kostenschätzung gem. ÖNORM B 1801-1 vom 11.07.2017 in Höhe von € 1.196.000,- inkl. MwSt., die unter Berücksichtigung der Schätzungen der Sonderfachplaner erstellt worden ist. Die Genauigkeit dieser Kostenschätzung liegt bei +/- 15%.

3. BITTLEIHVERTRAG EINER TEILFLÄCHE GST-NR 6952/3

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Marktgemeinde Lustenau überlässt Frau Xenia Urban, Bahngasse 24, Lustenau, eine Teilfläche mit einer Größe von ungefähr 15 m² des gemeindeeigenen Grundstücks 6952/3 zur Verwendung als Gartenfläche. Die Überlassung erfolgt unentgeltlich und auf unbestimmte Zeit. Ein Widerruf ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist jederzeit möglich.

4. BERICHTE DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Die Berichte des Prüfungsausschusses über die 10. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 15.11.2017 sowie über die 11. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 28.11.2017 gemäß § 52 Abs 4 Gemeindegesetz werden von der Gemeindevertretung einstimmig zur Kenntnis genommen.

5. BESCHLUSSFASSUNG DES VORANSCHLAGES 2018

Bürgermeister Dr. Kurt Fischer trägt als Finanzreferent nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

ECKDATEN

Budgetsumme € 80.686.700,-
 Investitionen € 16.576.900,-
 Kauf von Vermögen (Haus-/Grundbesitz) € 3.506.000,-
Total Investitionen/Vermögenskäufe € 20.082.900,-
Überschuss der laufenden Gebarung € 7.769.300,-
 Gesamtschuldendienst netto € 3.340.700,-
 Frei verfügbare Mittel € 4.423.800,-
 Gesamtverschuldung € 67.691.300,-

Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Sitzungssaal,
 geschätzte Leserinnen und Leser dieser Budgetdebatte im Gemeindeblatt!

Die Budgetverhandlungen mit den einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und die Beratungen im Finanzausschuss verliefen äußerst konstruktiv, wie in den Jahren zuvor. Eine ganz wichtige Rolle hat dabei wieder der Leiter unserer Finanzabteilung, Mag. Klaus Bösch, gespielt. Heuer war die Erstellung eines ausgeglichenen Voranschlags angesichts der großen Fixposten eine ganz besondere Herausforderung – danke Klaus für deinen großen Einsatz bei den Vorarbeiten und den Verhandlungen, für deine hohe Fachlichkeit aber auch Gelassenheit in entscheidenden Situationen und Phasen der Budgeterstellung. Der vorliegende Voranschlag ist nicht nur das Ergebnis dieser Verhandlungen, er bildet auch zahlreiche Projekte ab, die gemeinsam erarbeitet wurden, viele für die Projektentwicklungen grundlegenden Entscheidungen wurden im Gemeindevorstand einstimmig getroffen. Während des Jahres wird in einem guten, konstruktiven Klima gut zusammengearbeitet. Wir haben in der Gemeindepolitik die große Chance und auch eine große Verantwortung, den Menschen, denen wir näher stehen und verbundener sind als andere politische Ebenen, eine politische Kultur vorzuleben, in der Zusammenarbeit weit mehr ist, als eine rhetorische Worthülse. Und bei uns in Lustenau steht die Zusammenarbeit erfreulich im Vordergrund und parteipolitisches Taktieren und Rhetorik sind erfreulicherweise Randerscheinungen. Umso befremdlicher – und nicht nur für mich persönlich ein Tiefpunkt – das, was einzelne Fraktionen in der letzten Sitzung unserer Gemeindevertretung im Rahmen der Debatte zur Mittelfristigen Finanzplanung geboten haben. Freilich, man könnte aus den Erfahrungen auf Bundesebene ganz emotionslos und nüchtern resümieren: kein Grund sich grün und blau zu ärgern – Politik ist halt auch rhetorische Inszenierung, sie neigt zu Übertreibungen,

Vereinfachungen – ist plakativ, besonders bei Anlässen wie einer Budgetdebatte. Plakativ, aber hoffentlich nicht tief.

Was meine ich mit tief? Nun, die FPÖ ging beispielsweise in der Debatte zur mittelfristigen Finanzplanung tatsächlich so weit, mir als Bürgermeister und Finanzreferenten die hohen, belastenden Frankenschulden vorzuwerfen. Willkommen in der postfaktischen Welt. Tatsache ist, dass das Abenteuer Währungsspekulation mit Fremdwährungen zu 100% in die Zeit freiheitlicher Finanzreferenten fällt und unter meiner Verantwortung als Finanzreferent kein einziger (!) Frankenkredit mehr aufgenommen wurde. Mit den scheinbaren Vorteilen dieser Währungsspekulationen wurde früher spekuliert, wir zahlen die Zeche dafür, müssen die teuren Folgen tragen – ein Rucksack von insgesamt ca. € 10 Mio.

Ich werde als Bürgermeister jedenfalls auch in Zukunft die Zusammenarbeit in den Mittelpunkt stellen – und zum Glück haben wir in Lustenau eine sehr gute Tradition der Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg. Profil zu zeigen, sich beim einen oder anderen Thema kritisch abzugrenzen, das gehört zu einer guten, konstruktiven Zusammenarbeit dazu. Destruktive verbale Rundumschläge, fragwürdige Pauschalierungen und Unterstellungen schaden dem Klima und zeichnen ein Bild von Politik, das die meisten Menschen erschreckt, verstört und politikverdrossen macht.

Beachtliche Eckdaten – riesiges Investitionspaket

Der Voranschlag weist beachtliche Eckdaten auf: So fließen bei einer Budgetsumme von gut € 80 Millionen insgesamt über € 20 Millionen in Investitionen und Grundankäufe. Die hohe Investitionskraft zeichnet Lustenau aus, sie ist auch ein wesentlicher Impulsgeber für die lokale Wirtschaft. Die Mittel, die wir investieren, kommen vor allem heimischen Firmen und Handwerkern zugute.

Höhere frei verfügbare Mittel

Die frei verfügbaren Mittel sind im Vergleich zum letzten Jahr über eine Million Euro höher, die Zunahme geht auf vor allem auf höhere Steuereinnahmen durch die Ertragsanteile des Bundes zurück. Hier lässt sich der österreichweite Konjunkturaufschwung deutlich erkennen, von der wir alle profitieren. Die Gesamtverschuldung konnte zum Vorjahr konstant gehalten werden, ein weiterer Aspekt der verantwortungsvollen Finanzpolitik Lustenaus genauso wie die maßvolle Personalpolitik, die die Kosten für die Verwaltung im Auge behält.

Investitionen in Bildung, Sicherheit und Mobilität

Die Investitionsschwerpunkte liegen auch im nächsten Jahr im Bereich Bildung, Sicherheit und Mobilität: Allein für das Feuerwehrhaus werden nochmals € 6,5 Mio aufgewendet. Mitte des nächsten Jahres wird in der Neudorfstraße diese topmoderne Drehscheibe für Sicherheit und Katastrophenschutz eröffnet, ein Meilenstein für Lustenau. Für den Bau eines neuen Kindergartens im Hasenfeld, den Kindergarten Am Engelbach, sind im Voranschlag 2018 € 1,6 Mio. vorgesehen. Der Kindergarten Am Engelbach wird mit fünf Gruppen und einer Kleinkindbetreuung der größte Lustenauer Kindergarten. Weitere Schwerpunkte sind Räume für Mittags- und Lernbetreuung an der Mittelschule Rheindorf und an der Volksschule Kirchdorf. Das mit Abstand größte Bauprojekt der kommenden Jahre wird im nördlichen Ortsteil realisiert: Der Schulcampus Rotkreuz mit Volksschule, SPZ, Kindergarten und Betreuungsmöglichkeiten. Die für 2018 vorgesehenen Mittel dienen der Vorbereitung des Architekturwettbewerbs. Am neuen Bahnhof Lustenau investiert die Marktgemeinde 2018 € 1 Million in einen Verkaufsraum für eine Bäckerei, WC-Anlagen und die Umgebungsgestaltung.

Aktive Bodenpolitik wird vorangetrieben

Auch im kommenden Jahr wird ein hoher Anteil der Mittel für den Ankauf von Grundstücken verwendet, insbesondere im Betriebsgebiet Heitere. Mit einer gesamten Fläche von circa 14 ha hat dieses Betriebsgebiet große Bedeutung für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Lustenau. Unsere aktive Bodenpolitik wird uns in Zukunft wichtige finanzielle Spielräume eröffnen. Allein in den letzten zwölf Jahren haben wir ca. € 50 Mio. in Grundstückskäufe investiert. Fortsetzen wollen wir auch die erfreulich große Budgetdisziplin im Vollzug. So konnten die heurigen Schwerpunkte wie der Bau der Volksschule Rheindorf und der Ausbau der Kinderbetreuung zeitlich und finanziell punktgenau umgesetzt werden.

Lustenau hat Zukunft – wirtschaftlich stark, sicher und lebenswert für alle Generationen

Ein Voranschlag für ein Jahr, wie er heute diskutiert und beschlossen wird, ist ein wichtiger Beitrag zu einem großen Gesamtziel: unser Lustenau als lebenswerten, sicheren und wirtschaftlich starken Ort weiterzuentwickeln, mit einem besonderen Fokus auf die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kinder und Jugendlichen. Für den Bereich Frühpädagogik sind im Voranschlag 2018 hohe Budgetmittel vorgesehen – die wertvolle Arbeit, die in diesem Bereich in Lustenau geleistet wird, zB durch unsere über 90 Kindergartenpädagoginnen oder die vielen engagierten MitarbeiterInnen der Kinderbetreuungseinrichtungen, lässt sich freilich nicht durch Zahlen abbilden. Ich möchte stellvertretend für viele ganz außergewöhnliche Projekte und Aktivitäten die „Energimeisterschaft“ an unseren Kindergärten erwähnen, wo unsere Pädagoginnen zusammen mit den Kindern und ihren Familien viel bewegt und bewirkt haben. Die Nominierung für den Österreichischen Klimaschutzpreis war mehr als verdient. Und wenn sich in der aktuellen Ausgabe des renommierten „Philosophischen Magazins“ ein großer Bericht über kleine Philosophinnen und Philosophen in Lustenau findet, dann ist das kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrelanger Projektarbeit an unseren Schulen. Übrigens: der Berliner Redakteur hat anlässlich seines Besuchs in Lustenau auch das W*ORT entdeckt – den besonderen Lern- und Begegnungsort im Zentrum von Lustenau – er war begeistert und wird wohl schon nächstes Jahr wieder zu uns nach Lustenau kommen.

Es ist schwer im Rahmen dieser Präsentation des Voranschlags auf die Fülle hervorragender Projekte und Initiativen einzugehen, die einem guten Zusammenleben in Lustenau dienen und unser Lustenau lebenswert und auch einzigartig machen. Ein ganz aktuelles Projekt möchte ich noch nennen, es ist das Projekt „Betreuung und Pflege in Lustenau“, das diese Woche im Schützengarten im Rahmen einer Ergebnispräsentation abgeschlossen wurde. Über 60 Menschen haben sich zu diesem wichtigen Thema eingebracht – ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die vielfältigen Potenziale im eigenen Ort zu nutzen, Menschen aktiv zu beteiligen.

Apropos Potenziale: der Blick auf Investitionssummen und finanzpolitische Eckdaten und die Auflistung von Projekten kann den Blick verstellen für den wohl größten Schatz unserer Gemeinde, das sind die vielen Menschen, die sich für unser Lustenau engagieren. Das starke soziale Netz, das sie dadurch schaffen, ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb sind für mich unsere Vereinsförderungen, für die beträchtliche Budgetmittel vorgesehen sind, wichtige Investitionen in einen lebenswerten, menschlichen Ort. Nicht nur Kinder und Jugendliche werden in unseren zahlreichen Vereinen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert – Menschen aller Generationen finden in den Vereinsfamilien ein Stück Identität und Heimat.

Eine besondere Rolle in unserem sozialen Netz kommt den Menschen zu, die sich für unsere Sicherheit einsetzen. Wir können als Gemeinde einen wichtigen Beitrag für ihre Arbeitsbedingungen leisten. Für das Rote Kreuz haben wir im Schützengarten beste Bedingungen geschaffen, unsere Feuerwehr erhält nun in der Neudorfstraße eine zukunftsweisende Einsatzzentrale. Das neue Feuerwehrhaus soll für uns im Ernstfall auch als Katastropheneinsatzzentrale dienen und ist dafür bestens ausgestattet. Die möglichst rasche Umsetzung des Projekts RHESI ist vor allem für Lustenau von größter Bedeutung – wir brauchen dringend einen deutlich erhöhten Hochwasserschutz, damit der Ernstfall auch in Zukunft nur Übungsannahme bleibt, wie kürzlich bei einer großen Hochwasserübung im Rheintal.

Weg aus der Sackgasse – der lange Weg zur Z

Unsere Bemühungen im Bereich Mobilität, von Fahrradfreundlichkeit bis zum neuen Bahnhof, werden alle überlagert von der fehlenden Verkehrslösung für das Untere Rheintal und den Folgen, unter denen Lustenau wohl am meisten leidet. „Sackgasse IKEA“ sagen die Grünen und blockieren wo sie können den Weg aus der eigentlichen Sackgasse, in der Lustenau wie kaum eine andere Gemeinde steckt: wir sind Durchgangsort für den grenzüberschreitenden Schwerverkehr und auch für den grenzüberschreitenden Einkaufs- und Tourismusverkehr. Für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung, mit oder ohne IKEA an der Dornbirner Straße, brauchen wir eine echte Verkehrslösung. Unabhängig von der Entscheidung der Lustenauer Bevölkerung über IKEA werde ich mich als Bürgermeister nicht nur wie bisher mit aller Kraft für eine Verkehrslösung im Unteren Rheintal einsetzen, sondern auch für eine überörtliche, regionale Gesamtbetrachtung. Alle Karten auf den Tisch, alle Pläne für Projekte, die zusätzlichen Verkehr generieren. Und hier verstehe ich manche Parteien nicht: wenn man der Meinung ist, dass nichts mehr geht, dass Lustenau den nun halbierten Landesraumplan nicht nutzen kann, dann muss man doch genau hinschauen, was um Lustenau herum passiert. Es kann doch nicht sein, dass wir als Durchzugsgemeinde dazu verdammt sind, tatenlos zuzusehen, wie andernorts neue Verkaufsflächen entstehen, die zu zusätzlichem Verkehr in Lustenau führen. Der FPÖ Dornbirn und selbst der Lustenauer NEOS-Abgeordneten scheint diese überörtliche Betrachtung fremd zu sein. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass sie sich mit dieser überregionalen Betrachtung vertraut machen müssen. Wie heißt das in der Werbung: „Vignettenfreie Zufahrt über Au-Lustenau“ – ein Ausbau dieser vignettenfreien Zufahrtsmöglichkeiten mit Landesmitteln ist ja in Planung. Wir fordern eine verkehrsplanerische Gesamtschau für unsere Region – das Land muss hier aktiv werden – wir Gemeinden bringen uns gerne ein.

Der eigentliche politische Showdown im Verkehrsthema ist nicht die Entscheidung Lustenaus über einen IKEA, sondern diese überregionale Betrachtung zukünftiger Entwicklungen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die für Lustenau so wichtige Straßenlösung Z wohl frühestens in 15 Jahren verwirklicht werden kann. Alter Schwede ... schöne Aussichten – zumindest für die Grünen, die schon im Planungsprozess MiR gegen die Straßenlösung in die Schweiz aufgetreten sind und die alles daran setzen werden, dass die Straße nicht oder nur stark verzögert gebaut wird.

Der lange Weg zu einem Zentrum

Die letzte Volksabstimmung in Lustenau fand vor knapp 20 Jahren statt. 1998 hat sich die Lustenauer Bevölkerung klar gegen die Zentrumsplanung ausgesprochen, da munter weitergebaut worden war, war der Blaue Platz am Abstimmungssonntag schon fast fertiggestellt. Der Weg aus dieser planerischen Sackgasse ist kein leichter, ich erhoffe mir für 2018 wichtige Grundsatzentscheidungen, insbesondere im Bereich der beiden Baufelder Ost und West. Erfreulicherweise konnten wir im Kampf gegen Wettbüros gerade auch im Zentrum Erfolge erzielen und Möglichkeiten für attraktivere Nutzungen schaffen. Mit der Firma Sut-

terlüty gibt es eine gute Gesprächsgrundlage, wir möchten die weiteren Umsetzungen am Platz möglichst gut abstimmen. Auch wenn 2018 keine großen Summen für das Zentrum budgetiert sind, es könnte dennoch ein wichtiges Jahr auf dem Weg zu einer attraktiven Zentrumsgestaltung werden.

Persönlicher Dank

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gemeinde – Danke für euer Engagement, eure Bürgernähe, Fachlichkeit und Kollegialität – und vor allem für eure Leidenschaft für unser Lustenau, die ich so oft in der Zusammenarbeit mit euch erleben darf. Danken möchte ich auch allen Lustenauer Unternehmerinnen und Unternehmern – danke für euer unternehmerisches Geschick, für eure hohe soziale Verantwortung, euer Bekenntnis und eure Treue zum Standort Lustenau und auch für die großzügige Unterstützung unserer Vereine und sozialer Zwecke, nicht nur jetzt zur Weihnachtszeit. Zusammen mit euren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leistet ihr einen wesentlichen Beitrag zu unserer Gemeindeentwicklung und natürlich auch zu unserer finanziellen Gestaltungskraft. Ein besonderer Dank gilt allen, die sich für ein gutes Zusammenleben in unserer Gemeinde engagieren – für ein lebenswertes und sicheres Lustenau.

Ich wünsche euch allen frohe, besinnliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.
Blibind gsônd und bhaltind do Humor.

Gemeinderat Martin Fitz trägt namens der Fraktion der **FPÖ Lustenau** nachfolgenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen u. Herren der Gemeindevertretung!

Lassen sie mich zuerst kurz auf die politischen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingehen unter denen dieser Voranschlag zustande gekommen ist.

Österreich hat sich entschieden den jahrzehntelangen Stillstand der SPÖ / ÖVP Koalition zu beenden und neue zukunftsfähige Wege zu gehen!

Die Regierungsverhandlungen zwischen der neuen ÖVP Sebastian Kurz u. der FPÖ laufen bisher erfreulich gut, die Hoffnung auf eine baldige gemeinsame Regierungserklärung scheint gerechtfertigt – neue Parteien und neue Personen pflegen einen neuen Stil. Viel zu lange wurden in den letzten Jahren dringende wichtige Reformen in Österreich „verschlafen, zerstritten, oder zerredet“ – aber nicht umgesetzt!

Politiker haben jedoch zu arbeiten, Lösungen für Probleme zu finden und diese Lösungen dann auch umzusetzen – dafür werden sie gewählt!

Nach einem Jahrzehnt des Abstiegs unseres Landes in die untersten Regionen der Mittelmäßigkeit in welche uns die alte Rot / Schwarze Koalition gebracht hat ist künftig vieles zu ändern und der jahrelange Reformstau zu beheben. Verkrustete Systeme und sich lange selbst blockierende machtvollen Bünde gilt es jetzt zukunftsfähig umzubauen und Veränderungen im System auch durchzusetzen.

Die FPÖ hat klar erklärt, dass in einem künftigen Regierungsprogramm zu mind. 50 % ihre Handschrift erkennbar sein muss, zum Wohle unseres Landes und aufgrund der dem Wähler gegebenen Versprechen. Auch diese Ankündigung wird die FPÖ einhalten.

Dies sollte aber - da vom neuen „türkisen“ Superstar Sebastian Kurz im Wahlkampf schon viele langjährige FPÖ Forderungen und Positionen übernommen wurden - nicht allzu schwierig werden. Komplizierter werden da wohl eher nötige Veränderungen u. das „Beschneiden“ von Privilegien auch in alten ÖVP -Strukturen - jetzt nachdem der Wahlsieg eingefahren ist, kommen die Vertreter der „Betoniererfraktion“, denen es lediglich um den Erhalt ihres eigenen Einflusses geht, wieder aus ihren Löchern gekrochen und wollen ihre Pfründe verteidigen. Wir werden sehen, wie mutig Sebastian Kurz ist und was von seinen Versprechen übrig bleibt.

Besonders in Vorarlberg scheinen sich viele Schwarze mit dem neuen „türkisen“ Kurs von Sebastian Kurz nicht anfreunden zu können. Verständlich: Denn wer lieber mit den Grünen regiert und Van der Bellen lautstark als Bundespräsident unterstützt, kann sich nicht wohl fühlen mit einem neuen türkisen Programm, das zum Gutteil 1:1 von der FPÖ abgeschrieben wurde. Da prallen 2 Welten innerhalb der ÖVP aufeinander. Gerne erinnere ich an dieser Stelle an die Aussage des Bürgermeisters in der vergangenen GVE-Sitzung, als er öffentlich lautstark kundtat, dass er mit den Türkisen nichts zu tun habe! Aber diesen Konflikt muss die ÖVP Vorarlberg mit sich selbst austragen.

Man darf jedenfalls gespannt sein, wie groß die Unterstützung der schwarz-grünen Wallner-ÖVP aus dem Ländle für die türkis-blaue Regierung sein wird. Man weiß aber auch um die „Anpassungsfähigkeit“ und „Wendigkeit“ der ÖVP und deren Vertreter, wenn es um den eigenen Vorteil und den Machterhalt geht.

Ein Paradebeispiel für diese schwarze „Wendigkeit“ ist ja der Herr Bürgermeister. Hier ist nichts „heilig“. Man redet heute so und morgen so - je nachdem was gerade opportun erscheint. Nur eines ist beim Bürgermeister in Stein gemeißelt: Das ist seine tiefe Abneigung gegenüber den Freiheitlichen. Und so kann ich mir ein kleines bisschen Schadenfreude nicht verkneifen, wenn in den nächsten Tagen die neue türkis-blaue Regierung angelobt wird.

Bewiesen hat der Bürgermeister seine „Wendigkeit“ erst vor ein paar Tagen wieder, als er plötzlich nach dem Auftreten einer überparteilichen Bürgerinitiative gegen IKEA zur Forderung einer Volksabstimmung öffentlich eine „180-Grad-Wende“ schaffte u. seinerseits erklärte, dass auch er sich doch eine Volksabstimmung überlege. Dazu muss man wissen, dass der Bürgermeister nur wenige Monate zuvor in der Gemeindevertretung einen Antrag auf Abhaltung einer Volksabstimmung zur Ansiedelung von IKEA ablehnte! Doch zum Thema IKEA komme ich später noch zu sprechen...

Erst ein paar wirtschaftliche Zahlen und Fakten

Die heimische Wirtschaft sollte lt. Experten im Jahr 2018 ebenso stark wachsen wie im Jahr 2017, wo wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 2,8 % die höchste Steigerungsrate seit 6 Jahren erzielen konnten. Der Frühindikator steigt lt. Wifo weiterhin kräftig an und untermauert die positive konjunkturelle Dynamik der heimischen Wirtschaft. Die Konjunkturlokomotive scheint endlich angesprungen u. sorgt wieder für gute Stimmung.

Trotz des leichten Rückgangs der Arbeitslosenzahlen aufgrund der „brummenden“ Konjunktur wurden über 400.000 gemeldete Arbeitslose u. sich in Schulung befindliche Personen - davon 272.000 inländische u. 131.000 ausländische Personen im November 2017 vom AMS festgestellt. Dem gegenüber stehen 74.000 offene Stellen, welche von der Wirtschaft besetzt werden müssten, über 145.000 der genannten Personen verfügen aber nur über eine Pflichtschulausbildung. Dabei können 40 % der Schüler am Ende der Volksschule nicht einmal sinnerfassend lesen und das, ob-

wohl „alle Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen“ von der Teilnahme an den Tests ausgenommen waren. Aber auch in diesem Bereich scheint die neue Bundesregierung positive Veränderungen umzusetzen. So findet sich etwa die langjährige Forderung der FPÖ nach Deutschlernklassen für Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen im Regierungsprogramm. Ein wichtiger Schritt hin zu mehr Qualität im Regelunterricht! Auch die verstärkte Fokussierung in der Pflichtschule auf den Erwerb der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen geht in die richtige Richtung!

Nun zum Voranschlag der Marktgemeinde Lustenau

Unter der ÖVP und ihrem Bürgermeister ist die Verschuldung in den letzten Jahren auf immer neue Rekordhöhen angestiegen – für uns Freiheitliche hieß es daher schon letztes Jahr bis hierher u. nicht mehr weiter!

Während beim Rechnungsabschluss für 2015 noch eine Gesamtverschuldung von € 60.600.000,- ausgewiesen wurde, so wurde vom Bürgermeister schon im Voranschlag 2017 mit € 68 Mio. geplant. Auch im Budgetvoranschlag von 2018 wird mit einer fast gleichbleibenden Gesamtverschuldung in der bisherigen Höhe ausgegangen, nur um knappe € 150.000,- rein kosmetisch reduziert. Und das obwohl eigentlich immer geplant war, dass es nach Fertigstellung des Jahrhundertprojektes Kanalisation Jahr für Jahr zu einem deutlichen Schuldenabbau kommen sollte. Von diesem Plan ist der Bürgermeister jetzt aber bereits im ersten Jahr abgerückt, was wir sehr bedauern.

Die laufenden Ausgaben des Gemeindehaushaltes steigen im geplanten Budgetvoranschlag gegenüber denen des letzten vorliegenden Rechnungsabschlusses auf über € 50 Mio. und damit über € 3 Mio. jährlich an.

Unter den Freiheitlichen wurde jahrzehntelang immer sparsam und vorausschauend gewirtschaftet, darauf geachtet, dass künftige Generationen in unserer Gemeinde durch eine niedrige Verschuldung ausreichenden Handlungsspielraum erhalten und über hohe frei verfügbare Mittel selbst bestimmen können. Immer noch fließen jedes Jahr unverbrauchte Zuschüsse in Millionenhöhe aus dieser Zeit in unsere Gemeindekassen und erhöhen – zeitlich ablaufend – noch um über € 2,3 Mio. jährlich unsere Finanzkraft.

Der jährliche Schuldendienst unserer Gemeinde findet seit Jahren unter Bürgermeister Fischer als Finanzreferenten „quasi nur auf dem Papier“ statt, die bezahlten Kreditraten an die Darlehensgeber – alleine nächstes Jahr viele Mio. € – werden umgehend wieder von der Bank frisch aufgenommen und ausgegeben. Wie alle Jahre wieder!

Mit dem prognostizierten Anstieg der frei verfügbaren Mittel für das nächste Jahr auf € 4,4 Mio. liegen wir hier wieder in etwa bei dem durchschnittlichen Betrag, welche unsere Marktgemeinde tatsächlich auch investieren könnte – so nicht laufend neue Schulden gemacht werden oder getätigte Kreditrückzahlungen „wiederaufgenommen“ würden.

Die von früher her „gestützten“ u. noch „geförderten“ Darlehen werden laufend vom Bürgermeister auf „ungestützte“ Darlehen „umfinanziert“ weil diesem das tatsächlich zur Verfügung stehende Geld nicht ausreicht.

Später werden wir diese Kredite, wenn keine Zuschüsse mehr fließen u. deren hohe Raten wir die letzten Jahre aufgrund der Wiederaufnahme nicht zurückbezahlt haben, ohne Förderungen später zu höherem Zins aufbringen und zurückzahlen müssen. Auch werden wir

künftig durch den Abschluss der Kanalisation bei deren Sanierung die Wiederherstellung der Straßen ohne die früheren Förderungen wie beim Kanalbau selbst bezahlen müssen.

Wenn vom Bürgermeister als verantwortlichen Finanzreferenten also „von hohen Investitionen aus eigener Kraft und unveränderten hohen Investitionen in die Gemeindeentwicklung“ gesprochen wird, so meint er einfach die „quasi“ Aussetzung von Rückzahlungen bzw. deren regelmäßige Wiederaufnahme und die Ausgabe aller verfügbaren eingehenden Mittel.

Zu allem übersteigen die gesamten vom Bürgermeister als Finanzreferenten geplanten Investitionen für die kommenden Jahre 2018 bis 2022 in der Höhe von über € 100 Mio. unsere finanziellen Möglichkeiten um ein Vielfaches – weswegen wir auch die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung des Bürgermeisters kritisierten.

Wenn der Bürgermeister seine eigenen mittelfristigen Planungen so umsetzen wird, wie diese vorgelegt wurden, so muss jedem klar sein, dass dann sämtliche zukünftige Großinvestitionen in Zentrum, Jugendnachwuchsplätze oder Stadionumbau „auf Pump“ gemacht und später „quasi“ direkt in die Verschuldung der Gemeinde fließen werden.

Nachdem der Bürgermeister also laufend sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Finanzquellen „anzapft“ und echte Rückzahlungen vermeidet, hat er jetzt schon ein Auge auf die „letzten“ u. bisher versteckten Reserven der Gemeinde geworfen: Nämlich auf die sich im Gemeindebesitz befindlichen Grundstücksflächen!

„Eine aktive Bodenpolitik soll uns künftig wichtige finanzielle Spielräume eröffnen.“ so hört man vom Bürgermeister immer wieder – gemeint ist damit die schon angedachte „Versilberung“ von Flächen, die sich im Besitz der Gemeinde befinden – nichts anderes.

Dazu festgehalten: Nichts gegen aktive Bodenpolitik oder die Finanzierung eines besonderen Sonderprojektes der Gemeinde aus einem großen Grundstücksverkauf – aber dann für sinnvolle, nachhaltige Projekte! Grundstücksverkäufe dürfen nicht – wie vom Bürgermeister scheinbar angedacht – eine fixe eingeplante, schleichende Regelung zur Budgetkonsolidierung werden!

Für die Ausführung seiner vielen Masterpläne u. „wichtigen finanziellen Spielräume“ benötigt der Bürgermeister zu allen Kosten auch lfd. mehr Personal. Während wir im Bereich Pflege, Kinderbetreuung oder erweiterten Tätigkeiten für die Gemeinde gerne zusätzliche personelle Unterstützung sehen, so unglücklich sind wir über die laufende Aufstockung in der Verwaltung.

Obwohl wir vor ein paar Jahren schon einem neuen Mitarbeiter für die Wirtschaftsabteilung zugestimmt haben – auch zur Unterstützung des Bürgermeisters in Wirtschaftsfragen – so wird jetzt von demselben ein neuer „Standortmanager“ eingestellt. Und das nur, weil der Bürgermeister in diesen Fragen ganz offensichtlich schwer überfordert ist oder die Prioritäten falsch setzt.

Anders ist es jedenfalls nicht zu erklären, dass sich in unseren Nachbargemeinden Unternehmen um Unternehmen ansiedeln, in Lustenau sich aber seit dem Wirken von Bürgermeister Fischer praktisch nichts mehr bewegt in Sachen Betriebsansiedlungen und Be-

triebsgebietsentwicklungen. Dadurch fehlen Lustenau Arbeitsplätze und Kommunalsteuereinnahmen!

Von einer Mitarbeiterin zur Flüchtlingsbetreuung bis zu einem zusätzlichen Hochbauleiter, einer zusätzlichen Kraft für das Gemeindearchiv, eine weitere Stelle für die gemeindeeigene Galerie Hollenstein, die Wunschliste an zusätzlichem Personal, welche sich der Bürgermeister in der letzten Gemeindevertretungssitzung mit Mehrheitsbeschluss erfüllte war lang – gespart werden muss dann halt in anderen Bereichen – oder am liebsten gar nicht!

Wir Freiheitliche haben dem neuen stark erweiterten Dienstpostenplan mit dessen hohen Folgekosten für die Gemeinde nicht zugestimmt. Vorbei scheinen die Zeiten, als Lustenau noch für eine „schlanke“ Verwaltung bekannt war und dafür vom Rechnungshof auch gelobt wurde, als sogar „halbe“ Dienststellen noch gut überlegt und bei allen Einstellungen künftige Folgekosten mit berücksichtigt wurden.

Das sind langfristige Entwicklungen, die für unsere Gemeinde nicht gut sind und auch wenn der Bürgermeister auf Kritik immer sehr aufgebracht und emotional reagiert, werden wir uns von ihm auch in Zukunft nicht verbieten lassen, Dinge, die falsch laufen, zu kritisieren!

Vorrangig Bildung – wie geht es weiter?

Unsere Bildungsreferentin Doris Dobros ist sehr froh, dass die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen hat, Bildungsprojekten oberste Priorität zu geben.

Für uns Freiheitliche haben Investitionen in den Bildungsbereich absolute Priorität, es zählt zu den ureigensten Aufgaben einer Gemeinde für Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bedingungen zu schaffen – dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

Lustenau gehört zu den jüngsten Gemeinden, gilt als sehr familienfreundlich und wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Dies ist durch zahlreiche Wohnbauprojekte für jeden ersichtlich. Deshalb müssen wir für die Zukunft sehr umsichtig planen. Die Gesellschaft hat sich gravierend verändert und die Herausforderung an die Gemeinde besteht darin, mit dieser Entwicklung standzuhalten. Dies bedeutet auch weiterhin, die Zahl an Kinderbetreuungsplätzen im Auge zu behalten. Zurzeit haben wir keinen Engpass mehr und das sollte so bleiben.

Zudem sind wir gesetzlich verpflichtet, genügend Kindergartenplätze, auch für 4-Jährige, zu schaffen. Mit dem Neubau des Kindergartens am Engelbach wird 2018 ein tolles Projekt umgesetzt und der größte Kindergarten Lustenaus errichtet.

Der Kindergarten am Schlatt ist leider viel zu klein geworden und kann die Anzahl an Kindern aus dieser Gegend nicht mehr aufnehmen, zumindest als Planung ist der dringende Anbau im Budgetentwurf enthalten.

Die nächste große Herausforderung im Bildungsbereich sind die Mittags- und Lernbetreuung in den Schulen. Die Anzahl an Schülern, die in der Schule essen, wächst rasant an. Die Mittelschule Rheindorf wird deshalb dementsprechend adaptiert und wird in Zukunft die Möglichkeit für einen Mittagstisch, inklusive moderner Lernbetreuung bieten.

Die Bildungsreferentin freut sich, dass der neue „Campus Rotkreuz“ nun endlich in die lang erwartete Planung geht, um die künftigen Herausforderungen bestmöglich erfüllen zu können, nötige Budgetmittel dafür wurden jetzt auch bereitgestellt.

Da eine Prioritätenreihung der anstehenden Großprojekte unausweichlich ist, sprechen wir Freiheitlichen uns nach Beendigung des Neubaus des Feuerwehrhauses für die schnellstmögliche Umsetzung und Verwirklichung des Campus Rotkreuz als nächstes Großprojekt aus. Das ist für uns eine logische Folge aus dem Beschluss, wonach Bildungsprojekte in Lustenau Priorität haben sollen.

An dieser Stelle darf ich auch im Namen von Bildungsgemeinderätin Doris Dobros ein herzliches Dankeschön an unsere Pädagoginnen und Pädagogen richten. Unsere sehr motivierten Lehrerinnen u. Lehrer leisten hervorragende Arbeit – darauf können wir in Lustenau wirklich stolz sein.

Trinkwasser, Tiefbau, Verkehrswege, Beleuchtung und Gemeindestraßen

Als für den Tiefbau und die Gemeindestraßen zuständiger Referent freue ich mich sehr über die Sanierung unserer Trinkwasserleitungen in der Kaiser-Franz-Josef-Straße / Kirchstraße. Hier müssen die jetzt schon in die Jahre gekommenen u. schadensanfälligen Gusseisenrohre ausgetauscht werden – es wurden dafür im Budget knapp über eine halbe Mio. € eingeplant. Vom Kreisverkehr Engel, sowie westl. Kaiser-Franz-Josef-Straße wird um € 725.000,- unser Kanal mit „Inlinern“ saniert, im Bereich zum Zentrum hin erfolgt nach den Bauarbeiten zur Trinkwasserleitung auch eine Umgestaltung der Kaiser-Franz-Josef-Straße mit geplanten € 250.000,-.

Im Umlegungsgebiet Vorachstraße sind für den Kanal € 290.000,- vorgesehen, bei der Kanalisation am Bahnhof € 250.000,- eingeplant.

Da alleine die jährlichen Einnahmen aus Wasser/Kanal pro Jahr ca. € 3,6 Mio. an Abgaben u. Gebühren für die Gemeinde „erwirtschaften“ relativieren sich diese Summen deutlich im Verhältnis zu tatsächlichen Erhaltungskosten der gesamten Infrastruktur - welche „rechnungsmäßig“ doch höher liegen sollten. Einen langfristigen Plan für künftige Kanalerhaltungsmaßnahmen werden wir nächstes Jahr definieren müssen.

Es erfolgt die Umgebungsgestaltung mit der anteiligen Kostenrate € 1 Mio. zum Gesamtprojekt Bahnhof – Haltestelle, dazu wird die weitere Verlängerung der Hagstraße um € 90.000,- beim Bahnhof dieses Gebiet besser erschließen und nutzbarer machen. In der Dammstraße ist zudem vorgesehen, die alten Straßenlaternen gegen neue LED Lampen um € 70.000,- zu erneuern.

Geldverschwendung und verhinderte Mobilität

Nachdem diese notwendigen Investitionen von uns sehr begrüßt werden, müssen wir andere Bereiche doch auch sehr kritisch beurteilen.

Zum einen möchte ich den geplanten Radweg zur ÖBB Bahnhof-Haltestelle ansprechen. Dieser war seit vielen Jahren fix eingeplant und wird nun – nach aufgelaufenen Planungskosten von fast € 700.000,- – aufgrund zu hoher Kosten nun doch nicht gebaut.

Dass die Gemeinde an diesem Projekt des Landes „nur“ mit einem Prozentsatz an anteiligen Kosten beteiligt ist, ändert nichts an der riesigen Verschwendung an Steuermitteln! Das ist ein Paradebeispiel dafür, wie Geld für sinnlose Planungen regelrecht „zum Fenster hinausgeworfen“ wird. Hier könnte man von der Politik schon erwarten, dass nicht zuerst einmal alles Mögliche und Unmögliche geprüft und geplant wird, sondern vorab Klarheit darüber besteht, was wirklich gebraucht und finanziert werden kann!

Während hier also hunderttausende Euros sinnlos und für nichts „verbraten“ wurden, wird die Forderung nach einer sicheren Radwegverbindung vom Ortsteil Hasenfeld ins Zentrum – schon seit Jahren eine wichtige Forderung – aufgeschoben. Unsere durch die vielbefahrene Grindelstraße aufgrund des Verkehrs „durchschnittene“ Gemeinde braucht dringend sichere Möglichkeiten der Querung.

Mit einer kleineren Lösung ließe sich rasch zumindest eine Verbesserung der jetzigen Situation für Fahrradfahrer am Kreisverkehr Engel erzielen. Dort beim Kreisverkehr Engel „endet“ plötzlich der Fahrradweg – ohne Verbindung auf die andere Straßenseite – wo ein Fahrradweg weiterführt.

Obwohl letztes Jahr schon fix zugesagt, wurden jetzt die nötigen € 150.000,- für die Verbindung vom Bürgermeister als verantwortlichen Finanz- u. Planungsreferenten wieder gestrichen. Dies deshalb, weil vom Bürgermeister im Budget die gleichzeitige, sinnvolle Sanierung der Trinkwasserleitung nicht finanziell freigegeben und zudem jetzt an anderer Stelle vom Bürgermeister ein Radweg geplant wurde – dessen Fertigstellung aber eben wieder bedeutend länger andauern wird.

Zentrum

Seit Jahren wird hier vom Bürgermeister erfolgreich taktiert, oder erst vorgesehene Geld dann doch nicht freigegeben oder Planungen nicht fertig durchgeführt oder umgesetzt.

Die „Verlegung“ oder „Umplanung“ der in meinen Augen gefährlichen Plattform-Haltestelle (aufgrund Sturzgefährdung) vor dem Restaurant „Schmugglar“ steht seit Jahren immer noch an – dies soll und darf lt. Bürgermeister aber nur in einer Gesamtlösung geändert werden – wann immer diese dann auch kommen soll!

Die im letzten Budget vorgesehenen € 300.000,- für den Tiefbau betreffend „Belagsanierungsarbeiten“ im Zentrum wurden vom Bürgermeister nicht freigegeben, der Kiesparkplatz nicht befestigt.

Mehrheitliche Zustimmung gab es wenigstens im September im Planungsausschuss des Bürgermeisters für den Freiheitlichen Antrag zur Errichtung eines Gebäudes mit einer für Lustenau passenden u. ausreichenden Tiefgarage im Zentrum unserer Gemeinde!

Geeignete Grundstücke befinden sich seit Jahren im Besitz der Gemeinde, Bauträger und Investoren gibt es derzeit mehr als genug – es bedarf also nur des Willens der Gemeinde ein solches Projekt zu entwickeln und zu begleiten.

Wir erhoffen uns deshalb eine längst notwendige Attraktivierung des Zentrums durch die rasche Umsetzung des freiheitlichen Antrags auf eine für unsere Gemeinde passende Tiefgarage im Ortszentrum von Lustenau.

Vertragsraumplanung in Lustenau

Der Bürgermeister als Planungsreferent hat sich durch das Instrument der Vertragsraumplanung – weitreichende Möglichkeiten für die Entwicklung des Lustenauer Gemeindegebiets von der Gemeindevertretung geben lassen.

Für uns zu weitreichend für unseren Bürgermeister und oberste Baubehörde, weswegen wir dem nicht zustimmen konnten. In diesem speziellen Bereich sehen wir ihn als grün eingefärbten „Hardliner“, welcher die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu stark „nutzt und auslegt“.

Obwohl neue „Wohnklötze“ auf „Kleinstgrundstücken“ ungehindert direkt an den Straßenrand gebaut wurden u. weiter gebaut werden (was niemanden zu stören scheint) – redet die Gemeinde bei der Höhe von Gartenzäunen u. auf welches Grundstück künftig was u. wie gebaut werden darf, kräftig mit.

Als prominenter Unterstützer hat der Bürgermeister übrigens die Aktion „vau/hoch/drei“ unterschrieben, welche erst Mitte dieses Jahres eine Petition an den VlbG. Landtag eingereicht hat, welche in ihren drei Punkten unter anderem per Gesetz einfordern wollte:

Auf bestehendes Bauland nach drei Jahren Besitz eine jährliche Infrastrukturabgabe in Höhe von 2 % des ortsüblichen Grundpreises einzuheben. Das Grundstücke nach 20 Jahren nicht widmungskonformer Nutzung, die Widmung zurückfällt in Freifläche.

Ein solches Ansinnen wird glücklicherweise nicht nur von uns, sondern auch vom VlbG. Landtag abgelehnt, zeigt aber auf, für was sich das Lustenauer Gemeindeoberhaupt einsetzt und was ihm wichtig ist.

Wie der Bürgermeister mit dem von ihm verabschiedeten Instrument der Vertragsraumplanung umgeht ist weiters daran zu erkennen dass beim letzten von ihm beschlossenen Bebauungsplan – welcher ein eigentlich „winziges“ Gebiet umfasst – Einsprüche von fast 40 Lustenauer Bürgern gemacht wurden.

Wir konnten diesem Antrag damals nicht zustimmen, vor allem auch deshalb, weil im Vorfeld keine Kommunikation mit den Anrainern u. Besitzern gesucht wurde, ja der Vorschlag unsererseits, dies doch zu tun, sogar abgelehnt wurde.

Ich darf also festhalten: Wir Freiheitliche sind nicht generell gegen Bebauungspläne – aber mit Maß u. Ziel u. in Kommunikation mit den Bürgern – nicht einfach über deren Köpfe hinweg.

Parkgebühren in Lustenau

Schon beim mit Mehrheit in der Gemeindevertretung abgeschlossenen Raumplanungsvertrag mit der Gemeinde Widnau für das Gebiet am Alten Rhein wurde vom Bürgermeister vertraglich festgehalten, dass Lustenau künftig dort ab der ersten Stunde bereits Parkgebühren einzuheben hat.

Wir Freiheitliche konnten diesem Antrag nicht zustimmen. Wir wollen keine Parkgebühren in Lustenau zum jetzigen Zeitpunkt – weder am Alten Rhein, noch beim Parkbad, der Rheinhalle oder im Zentrum!

Kurzparkzonen vor den Geschäften im Zentrum: Ja selbstverständlich! Hier sind die Geschäfte auf rasch wieder frei werdende Parkflächen für ihre Kunden angewiesen – aber dazu müssen diese nicht bewirtschaftet sein! Jahrelang wurde das Shoppen bei uns im Zentrum u.a. auch damit beworben, dass in Lustenau keine Parkgebühren zu bezahlen sind. Das soll auch so bleiben! Die Attraktivität unseres Zentrums für Kundinnen und Kunden ist leider noch nicht so gegeben. Die Politik sollte diese schwierige Situation vielmehr mit positiven Maßnahmen versuchen zu verbessern und nicht weitere Schikanen schaffen!

Wichtiger als Parkgebühren zu kassieren, wäre im Zentrum – wie von uns gefordert – Möglichkeiten zu schaffen, Fahrzeuge in einer Tiefgarage abzustellen und damit von der Oberfläche des Ortsgebiets „verschwinden“ zu lassen.

Betriebsansiedelungen – IKEA?

Für uns Lustenauer Freiheitlichen war die aktive Betriebsansiedelungspolitik immer ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Finanzkraft unserer Gemeinde.

Leider ist unter Bürgermeister Fischer hier immer noch eher Stillstand zu verzeichnen. Mit seiner vollen Energie u. Arbeitskraft unterstützt er einzig das Einrichtungshaus IKEA. Hier wirft er sich dafür voll ins Zeug u. „fesselt“ zusätzlich viele Kräfte u. Arbeitsstunden von ihm und der Verwaltung. Viele heimische Betriebe würden „händeringend“ Flächen suchen und sich Unterstützung erhoffen.

IKEA

Ein „schallender“ Name, welcher die Augen vieler leuchten lässt. Ein bis zweimal im Jahr werden solche Besuche trotz meist etwas längerer Anfahrt gemacht, aber ehrlich – wer war schon einmal in der jeweiligen Standortgemeinde eines IKEA in einem anderen Geschäft, auf einen Kaffee, oder auch nur in dessen Zentrum? Kein einziger, der von mir befragten Personen!

Während bei vielen Lustenauerinnen und Lustenauern nach etwas Nachdenken die anfängliche Euphorie in Anbetracht der negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität in unserer Gemeinde verflogen ist, scheint der Bürgermeister immer noch geblendet zu sein. Er *verkennt in seiner planlosen IKEA-Euphorie leider die katastrophalen Folgen für Lustenau und seine Bürger. Kein Wunder dass sich diese jetzt dagegen wehren und per Volksentscheidung Informationen und Mitspracherecht einfordern.*

Jahrelang „zimmerte“ er sich im stillen Kämmerlein alles „zurecht“, dachte bei diesem Thema weder an die Einbindung von Bürgern oder politischer Parteien – geschweige denn suchte er Alternativen oder andere Möglichkeiten. Gewünschte u. oftmals eingeforderte Informationen wurden nicht geliefert, es wurde blockiert, vertröstet u. „gemauert“.

Anträge auf Vertagung zur Fakteneinholung und auch zur Abhaltung einer Volksabstimmung wurden vom Bürgermeister Fischer und seiner Mehrheit dezidiert abgelehnt. Der Kaufvertrag über das Grundstück in der Gemeindevertretung wurde gegen große Teile der Opposition längst beschlossen und unterschrieben.

Als „nicht glaubwürdig“ ist also die Behauptung des Bürgermeister anzusehen selbst eine Volksabstimmung zur Ansiedelung von IKEA zu wollen oder auch nur ernsthaft nachgedacht zu haben. Vielmehr reagiert er jetzt nur auf den lauten Bürgerprotest u. will wieder „das Heft“ in der Hand halten um weiter für IKEA „den Teppich auszurollen“.

Die IKEA-Ansiedelung durch den Bürgermeister ohne vorherige nachhaltige große Verkehrslösung wäre der Todesstoß für sämtliche Bemühungen zur Verkehrsentslastung unserer Gemeinde, es ist nicht nur unvernünftig, sondern unverantwortlich und gefährlich – wir wiederholen daher die Gründe dagegen erneut:

- Schon jetzt ist die Verkehrsbelastung in Lustenau immens und es staut sich praktisch jeden Tag, zusätzliche Fahrzeuge drücken Dank „Navi“ immer weiter in das Wohngebiet u. die engen Gemeindestraßen.

- Lt. Landesstatthalter Rüdiger gibt es in ganz VlbG. keinen anderen möglichen Standort für IKEA! Das Hauptargument des Bürgermeisters für eine IKEA Ansiedelung in Lustenau, wonach sich IKEA nach einer Absage dann halt in Dornbirn oder Hohenems ansiedeln würde ist schon lange haltlos und entkräftet. Unsere Nachbarn haben lt. deren gültigen Stadtvertretungsbeschlüssen weder Interesse noch passende oder gewidmete Flächen.
- Grund und Boden ist nicht vermehrbar – diese große Fläche lässt sich langfristig besser nutzen!
- Mind. 4000 zusätzliche Fahrzeuge täglich u. bis zu 10000 Fahrzeuge an Spitzentagen in unserer Gemeinde erhöhen die Feinstaubbelastung und gefährden damit auch die Gesundheit unserer Bürger.
- Die Arbeitsplätze bei IKEA sind Großteils schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsplätze, was auch das im Verhältnis niedrige Kommunalsteueraufkommen für die Gemeinde bewirkt, IKEA bildet zudem auch keine Lehrlinge aus.
- Würden sich auf dieser Fläche ähnliche Firmen wie bisher im Milleniumpark ansiedeln, so wäre die Kommunalsteuer um ein Vielfaches höher als die Schätzungen der Einnahmen von IKEA.
- IKEA bringt Lustenauer Kleinunternehmen in Bedrängnis – auch ein kleinerer Umsatzverlust könnte diese heutzutage schon in den Ruin führen. IKEA schneidet unter unfairen Bedingungen vielen „ein Stück“ von ihrem eh schon „kleinen Kuchen“ ab. Es werden durch IKEA gesamthaft also keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern viel eher werden solche gefährdet!
- Eine IKEA-Ansiedelung würde den Tod für das Zentrum und für viele Lustenauer Kleinunternehmen bedeuten. Da braucht man auch keine hochwissenschaftlichen Studien dazu, die am Ende des Tages doch nur immer das zu Tage fördern, was der Auftraggeber gerne hören würde. Wer also für einen IKEA eintritt, der nimmt das Sterben vieler Kleinunternehmer in Lustenau ganz bewusst in Kauf.
- Da nützen dann auch Förderungen für die Zentrumsbelebung nichts mehr. Ich kann ja nicht auf der einen Seite durch eine IKEA-Ansiedelung das Zentrum massiv schwächen und dann quasi durch Investitionen und Förderungen noch versuchen zu retten, was dann noch übrig ist.
- Für eine IKEA Ansiedelung nützen auch kleinräumige Maßnahmen zur Erschließung des Gewerbegebiets Heitere wie der Bau der Heitere-Spange nicht viel – obwohl diese lt. Bürgermeister Fischer für IKEA notwendig ist- wird sich diese weiter verzögern!
- Klar ist: Bis zur Realisierung einer Riedstraße werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen. Dabei sollte der Bürgermeister auch so ehrlich sein und den Lustenauern sagen, dass eine IKEA -Ansiedelung die Entlastungswirkung der Riedstraße – wenn sie dann gebaut ist – zum großen Teil schon wieder zunichte gemacht hat. Dann

haben wir trotz der Entlastungsstraße genau die gleiche Verkehrsbelastung wie jetzt.

Betriebsgebiet Heitere und Heitere - Spange

Der Bau der Heiteren-Spange – welche der Bürgermeister übrigens einst als Voraussetzung für eine IKEA Ansiedlung bezeichnete taugt nicht zur Verkehrsentslastung unserer Gemeinde und schon gar nicht zur Bewältigung des Verkehrs, der durch die Ansiedlung eines IKEA-Großmarktes zusätzlich entstehen würde.

Entgegen aller Aussagen und Presseberichten des Bürgermeisters, wonach ALLE Grundstücke für den Straßenbau schon im Besitz der Gemeinde wären, sind große künftige Straßenflächen noch fehlend u. im Privatbesitz.

Vom einstigen Ansinnen, dass diese Verbindung als Landesstraße und somit auch Kosten des Landes ausgeführt würde, ist zum jetzigen Zeitpunkt wenig übrig geblieben. Derzeit geplant von Planungsreferenten Bürgermeister Fischer als „Privatstraße mit öffentlicher Nutzung“ wird diese erst viel später fertiggestellt werden und die Kosten liegen in diesem Fall bei den Grundstückseigentümern.

Verkehr in unserer Gemeinde

Uns hilft nichts anderes als eine große Entlastungsstraße mit Verlegung des Hauptzollamts, welche den Transitverkehr aus unserer Gemeinde bringt und dem jetzigen ortsfremden Durchzugsverkehr eine Ausweichstrecke bietet – wenn es nach uns geht sinnvollerweise die Z- Variante.

Obwohl sich der Bürgermeister zur Riedstraße bekannt hat müssen wir leider feststellen, dass von seiner Seite her keine Maßnahmen erfolgen um auch in der Schwarz/Grünen Landesregierung „Druck“ für eine Entlastungsstraße zu machen.

Die Möglichkeit die von ihm versprochene Volksbefragung zu nützen, um mit einem klaren Ergebnis Einigkeit und Wichtigkeit dieses Themas in der Gemeinde zu demonstrieren und beschleunigte Schritte „einzufordern“ hat er ja leider „abgeblasen“.

Vom im Wahlkampf groß angekündigten Versprechen einer Volksbefragung zur Variantenentscheidung blieb also nicht einmal mehr heiße Luft zurück, er möchte auf die von ihm versprochene Volksbefragung verzichten.

Unser Antrag zur gemeinsamen Maßnahmenfindung aller Parteien, um zusammen mehr Druck auf die Landesregierung zur Beschleunigung ihrer Bemühungen für eine Entlastungsstraße zu machen, wurde leider vom Bürgermeister mit Mehrheit abgelehnt.

Gemeinsame Maßnahmen aller Parteien von Lustenau wären immer noch sinnvoll wenn Arbeiten am Projekt Entlastungsstraße und Verkehrsauffächerungen „stocken“ oder nicht zeitgerecht erfolgen – es scheint ab u. an der „Wille“ zur raschen Umsetzung zu fehlen.

Wir Freiheitliche haben schon vor Jahren den Schlüssel zu einer kurzfristigen Verbesserung in der Zollauffächerung u. Verbesserung der Abfertigungsverzollung gesehen. Unsere detaillierten Anträge dazu wurden damals leider vom Bürgermeister völlig „verwässert“ u. sind deshalb bis heute auch nicht passend umgesetzt.

Im Gegenteil, das einzige 24 h Zollamt in VlbG. ist aufgrund von Zusammenlegungen jetzt in Lustenau – das Gegenteil von verpflichtender Zollauffächerung und Verbesserung in der

Zollabwicklung. Auch hier wäre es Zeit für gemeinsame und sichtbare Maßnahmen unserer Gemeinde!

Meine Hoffnung, dass die neue österreichische Bundesregierung (vielleicht sogar mit einem Infrastrukturminister Ing. Norbert Hofer) in ihrem Programm auch eine Änderung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit sich bringt ist groß, wurde dies doch schon präzisiert und angekündigt. Dies könnte eine überregionale Entlastungsstraße dann etwas rascher zu uns bringen als bei der bisherigen Gesetzeslage – obwohl die tatsächliche Umsetzung sicher noch länger dauert.

Ein paar Worte zum Sport

Das schon letztes Jahr von uns in der Budgetrede „angemahnte“ da vom Bürgermeister versprochene „Nachwuchsheim“ beim FC, in welchem auch der Lern-Club untergebracht sein sollte, steht immer noch nicht.

Wir erwarteten schon letztes Jahr, dass der Bürgermeister hier endlich zu seinem Wort steht und für Ersatz sorgt, nachdem ein bestehendes u. funktionstaugliches Gebäude den Umkleiden u. Sanitäranlagen weichen musste u. abgerissen wurde.

„Rasch“ war letztes Jahr in unseren Augen schon vorbei, aber der Bürgermeister scheint in vielen Dingen, nicht nur als oberste Baubehörde eigene Zeitbegriffe zu haben – dies gilt auch beim Reichshofstadion und den Anliegen der „Austria“.

Schon vor vielen Jahren wurde begonnen u. diskutiert, Konzepte wurden erstellt und Workshops sinnlos abgehalten, es wurde vieles versprochen u. wenig getan. Untätigkeit – so lange bis nichts anderes durch den Zeitdruck der Bundesliga als die einzige Variante ein Umbau am selben Standort übrig blieb.

Das schon vor Jahren zur Chefsache erklärte und jetzt mit ÖVP-Mehrheit beschlossene Fußballkonzept Lustenau sieht nun einen raschen sofortigen oder auch in „Tranchen“ stattfindenden Totalumbau des Stadions am selben Standort des Reichshofstadions mit Baubeginn spätestens 2019/2020 um brutto € 18 Mio. vor, der von der Gemeinde initiierte Architekturwettbewerb um knapp € 100.000,- an Kosten ist angelaufen u. wird Mitte 2018 einen Preisträger küren.

Nur bei „sportlichem Erfolg“ des Vereins soll der Umbau lt. Gemeinde erfolgen, bei Aufstieg erfolgt angeblich eine 2/3 Förderung des Landes VlbG. lt. mündlicher Zusage – ohne die das Projekt nicht umsetzbar wäre.

„Schriftliches“ oder verbindliche Zusagen liegen zu diesem Millionenprojekt nicht vor und werden vom Bürgermeister scheinbar nicht für nötig befunden. Rechtliche Probleme an diesem Standort sind auf jeden Fall nicht aus dem Weg geräumt und könnten den Standort auch zur Gänze unmöglich machen.

Es bleibt gespannt abzuwarten was tatsächlich kommen soll, Versprechungen an den SC Austria durch den Bürgermeister sind wie immer groß – was am Tisch liegt ist eine schriftlich nicht abgesicherte Finanzierung, mündliche Zusagen, gerichtliche laufende Prozesse gegen Standort u. Flucht, kein sportlicher Aufstieg in Sicht, dafür ein laufender Architekturwettbewerb für den „alten“ Standort, welcher in seinen Schwächen „Anrainer“ u. „Parkplätze“ nie wirklich besser werden kann – egal wie umgebaut wird.

Schon vor vielen Jahren haben die Freiheitlichen einen anderen Standort und Alternativen zu einem solchen Projekt eingefordert. Wenn die Verwirklichung einer Profifußballstätte kommen sollte dann sinnvoll und langfristig passend - für beide Vereine, mit gesicherter Finanzierung im Vorfeld, passendem Zeithorizont, verbindlich abgeklärt und die Bürger zum Gesamtprojekt der Rieseninvestition befragt - all dies wurde vom Bürgermeister versäumt und unterlassen. Konkrete Überprüfungen und Studien zu möglichen Alternativstandorten sind nicht erfolgt, Mächtigkeitsstudien „alternativer Standort“ gänzlich unterblieben.

Mit dem Architekturwettbewerb, dem wir unsere Zustimmung aufgrund fehlender schriftlicher Zusage zur Finanzierung u. mangelnder Förderung versagten, wurde nun begonnen. Eine Kostenbeteiligung seitens des Landes haben wir nicht erhalten, wir als Gemeinde tragen diese Kosten jetzt zur Gänze. Kommt das Projekt nicht war der Wettbewerb für den wir keine Förderungen erhalten haben völlig umsonst und erinnert „an teure nur geplante u. nicht gebaute Radwege“.

Wenig „Gestalterisch u. vorausschauend“ ist die Vorgehensweise des Bürgermeisters jetzt die lt. Fußballkonzept geplanten € 18 Mio. an diesem Standort einzuplanen, es zeugt jedenfalls nicht vom großen Weitblick aufgrund der dort bekannten u. bestehenden Probleme. Ein Plan „B“ für die Austria, welche sich seit Jahren um Unterstützung bemüht, existiert jedenfalls leider nicht.

Ein für uns wichtiges Fußballnachwuchszentrum oder zumindest die fehlenden Fußballnachwuchsplätze der in Lustenau längst benötigter Allwetterplatz jedenfalls rücken immer weiter nach hinten in der Zeitlinie des „Lustenauer Fußballkonzepts“.

In Lustenau, oder zumindest für den Bürgermeister scheint auf jeden Fall Profisport vor Nachwuchs u. Amateuren zu kommen, was wir sehr bedauern. Sollten große Förderungen beim Land für Fußballprojekte „abgeholt“ werden können, dann bitte gleich für alle laufenden Projekte vollständig und zusammen - so kann auch über den Einsatz der eigenen finanzielle Mittel der Gemeinde richtig entschieden werden!

Feuerwehr und Ehrenamt

Wir freuen uns über die baldige Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses u. Katastrophenzentrums in unserer Gemeinde. Dieses von der Feuerwehr wohldurchdachte Projekt wird der ganzen großen Feuerwehrfamilie unserer Gemeinde bald wichtiger Treffpunkt und neue Heimstätte sein.

Die auch in der Planung und Bauphase investierten unzähligen Stunden, welche hier die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Feuerwehr aufwendeten waren und sind - wie bei ihren vielen Einsätzen in unserer Gemeinde, nicht mit Gold aufzuwiegen.

An dieser Stelle schon ein herzliches „Dankeschön“ allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgern die einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl leisten, ihre Zeit u. ihre Kraft für andere Menschen aufwenden, sei als freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, unserer Feuerwehr, oder in unseren zahlreichen Kultur-, Freizeit- oder Sportvereinen - durch Einsatz und Betreuung sind sie unseren Kindern und Jugendlichen leuchtendes Vorbild für ein gemeinsames, helfendes und unterstützendes „Miteinander“ in unserer Gemeinde.

Im Voranschlag vorgesehene Großinvestitionen werden von uns begrüßt und mitgetragen, anders als im letzten Jahr werden wir aber dem Budget heute unsere Zustimmung nicht geben.

Das alljährliche Budget ist nicht nur die in Zahlen gegossene Politik des nächsten Jahres, gefasste Beschlüsse und Absichten im laufenden Jahr haben zum Teil gleich oder erst später große Auswirkungen auf die Entwicklung und Finanzkraft unserer Gemeinde – auch diese u. die Art wie diese Beschlüsse gefasst wurden gilt es in unseren Augen zu beurteilen. Letztes Jahr haben wir dem Budget zugestimmt, gleichzeitig aber auch einige Ermahnungen ausgesprochen, die leider nicht berücksichtigt wurden.

Betroffene – sei es im Bildungsbereich oder in anderen Bereichen – müssen sich auf Zusagen verlassen können. Genauso muss nicht finanzierbaren Wünschen von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. muss auf einen realistischen Umsetzungstermin verwiesen werden.

Nicht erkennbar sind zudem Bemühungen des Bürgermeisters als Finanzreferenten laufende Ausgaben zu optimieren, im Gegenteil, diese werden zusätzlich durch die bereits kritisierte Personalpolitik unnötig gesteigert.

Und zu guter Letzt ist für uns auch die geplante IKEA-Ansiedlung, die der Bürgermeister so vehement vorantreibt, ein Grund, hier und heute dem Budget nicht zuzustimmen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Entscheidung vom Bürgermeister für unsere Gemeinde ganz enorme Auswirkungen haben wird. So habe ich bereits ausgeführt, dass die Ansiedlung anderer Betriebe auf diesem Grund qualitativ höherwertige und auch mehr Arbeitsplätze und somit viel mehr Kommunalsteuereinnahmen für Lustenau bringen würde. Die Blockierung des Grundstücks für IKEA hat also bereits negative Auswirkungen auf das Budget. Über all die anderen negativen Folgen habe ich bereits gesprochen.

Aus all diesen Gründen, die zusammengefasst leider ergeben, dass sich unsere Gemeinde in einigen sehr wesentlichen Fragen in eine falsche Richtung entwickelt, werden wir dem Budgetvoranschlag 2018 daher nicht zustimmen!

Danke

Sehr geehrte Damen u. Herren, geschätzte Kolleginnen u. Kollegen!

Einen herzlichen Dank allen Gemeindebediensteten für ihre geleistete Arbeit und ihren Einsatz im vergangenen Jahr, einen speziellen Dank dabei an den Mag. Klaus Bösch als Leiter der Finanzabteilung für die perfekte Aufarbeitung, Dokumentation und rechtzeitige Bereitstellung sämtlicher benötigten Finanzunterlagen.

Ein „Dankeschön“ an alle Wahlbeisitzer und Ersatzpersonen, welche die Abwicklung unserer demokratischen Prozesse immer an Wahltagen wertvoll unterstützen und durch ihre Mitarbeit garantieren.

Allen Lustenauer Unternehmern und ihren Mitarbeitern einen herzlichen Dank, durch ihre Tätigkeit erhalten und schaffen sie wichtige Arbeitsplätze und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde.

Allen Kolleginnen u. Kollegen der Gemeindevertretung, allen in den Ausschüssen mitarbeitenden Personen, vielen herzlichen Dank für die engagierte und wertschätzende Zusammenarbeit über das ganze Jahr.

Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und „an guoto Rutsch“!

Gemeindevertreter Dr. Walter Bösch trägt namens der **SPÖ Lustenau** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das vorliegende Budget für das Jahr 2018 weist einen finanziellen Rahmen von rund € 80,6 Mio. auf.

Laufenden Einnahmen von € 58,3 Mio. stehen laufende Ausgaben von € 50,5 Mio. gegenüber. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine Ausweitung von rund € 3 Mio. dar.

Die enthaltenen Kennzahlen sind z.T. sehr aufschlussreich und geben auch die fiskalische und ökonomische Entwicklung unserer Gemeinde wieder.

Den entscheidenden Teil der Einnahmen stellen mit fast 50 % die gemeinschaftlichen Bundessteuern dar.

Sie werden gegenüber dem Jahre 2017 um rund 6 % ansteigen.

Die Erträge aus der Kommunalsteuer werden sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3,9 % erhöhen.

Steigender Ausgabendruck

Der laufende Aufwand der Gemeinde weist eine stark steigende Tendenz aus

RA 2014	€ 42,6 Mio.
RA 2015	€ 44,3 Mio.
RA 2016	€ 47,7 Mio.
VA 2017	€ 47,8 Mio.
VA 2018	€ 50,5 Mio.

Eine steigende finanzielle Last sind die Aufwendungen im Sozial- und Gesundheitswesen. Auf das Gesundheitswesen entfallen € 4,6 Mio. während die Aufwendungen für den Sozialfonds auf 6,1 Mio. ansteigen werden, was einer Steigerung um rund 30 % allein gegenüber den letzten 4 Jahren entspricht.

Ursache der Entwicklung im Sozialbereich sind vor allem die Zunahme an Niedriglohnverhältnissen in unserem Land, die steigende Zahl an nicht ausreichend qualifizierten Arbeitskräften, die hohe Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen in Vorarlberg, die Kosten der Migration, aber auch die steigende Altersarmut in Verbindung mit den hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten in unserem Bundesland.

Anders verhält es sich bei den laufenden Einnahmen, die nicht dieses dynamische Wachstum aufweisen.

Der daraus resultierende Überschuss der laufenden Gebahrung hat auch schon bessere Zeiten gesehen, ist er doch in den Jahren 2014 bis 2018 von € 8,6 Mio. auf € 7,7 Mio. geschrumpft.

Mit € 4,4 Mio. sind die frei verfügbaren Mittel nur mehr knapp über dem Schuldendienst.

Schuldenstand bleibt im Wesentlichen stabil

Der Schuldenstand der Gemeinde beläuft sich auf rund € 67,9 Mio. und verteilt sich im Wesentlichen zu € 26,5 Mio. auf Darlehen für Grundstücke und € 41,4 Mio. auf Kanalbau-darlehen und anderes.

Bis noch vor kurzem war der Abbau von Schulden geplant, was aber bis auf weiteres ver-taget werden musste.

Eine weitere Erhöhung der Fremdmittel wäre überhaupt nur dann verantwortbar, wenn bei dringenden Investitionen eine besonders sorgfältige Abwägung vorgenommen würde.

Eine problematische Konstellation ergibt sich, wenn am Ende einer langen Diskussionsphase über ein Schulprojekt einer Millionen teuren Sportanlage der zeitliche Vorzug gegeben wird.

Eine Fehlleistung der besonderen Art stellt es dar, wenn seit Jahren notwendige finanzielle Mittel für das Ortszentrum gleich noch mit einer ordentlichen Kahlschlagaktion aus dem Budget entfernt werden.

Investition und Gemeindeentwicklung

Die Gesamtsumme der Investitionen belaufen sich auf € 16,8 Mio. zuzüglich Grund- Immobilien- und Vermögenskäufen von rund € 3,5 Mio.

Gerade bei Schulbauten hat die Gemeinde noch immer ein großes Pflichtenheft.

Mit der steigenden Bevölkerungszahl und den umfangreichen Anforderungen hinsichtlich des Sprachunterrichtes wird dies im Kindergarten- und Grundschulbereich immer weiter zunehmen.

Bei den Investitionsentscheidungen sollten klare und mutige Zielsetzungen für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde erkennbar sein.

Das Spielen auf Zeit ist eine fiskalische Notlösung, die wie im Falle Campus Rotkreuz nur zu einer Problemverschiebung führt.

Problembereiche in unserer Gemeinde

In dem an sich erfreulichen wirtschaftlichen Umfeld zeigten sich in Lustenau seit einigen Jahren eine Reihe von Problembereichen.

Es sind dies die mangelnde Entwicklungsdynamik im Handels- und Geschäftsbereich, die großräumig abfließende Kaufkraft in die Nachbargemeinden, der schwere Rückstand beim Ausbau und der Gestaltung des Ortszentrums mit zögerlichem Interesse bei Investoren, schwächelnde Infrastruktur im Ortsteil Rheindorf bei intensivem Wohnbau, zu hohe Verkehrsdichte im Ortsbereich mit überdurchschnittlicher Luftbelastung. Der öffentliche Verkehr kann seine Aufgabenbereiche zu Spitzenzeiten wegen des enormen Individualverkehrs nur unzureichend wahrnehmen.

Lustenau leidet auch an Engpässen in der ärztlichen Versorgung, an mangelndem öffentlichen Grünraum bei zunehmender Siedlungsdichte sowie an unzureichenden Jahresöffnungszeiten bei Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wirtschaftsentwicklung braucht Flächenmanagement

Grundstücke und Immobilien sind eine zentrale Voraussetzung der Ortsentwicklung. Sie bilden den Handlungsspielraum, um strategisch wichtige Ziele in ökonomischer und ortsgestalterischer Hinsicht zu erreichen.

Dies betrifft auch Immobilien im Altbestand, um lang- und mittelfristige Entwicklungen zu ermöglichen, ebenso Grundstücke, die aktuell noch keiner Bestimmung zugeführt werden können aber die der Gemeinde bei Bedarf nicht so einfach in den Schoß fallen. Ein Standortmanager soll offensichtlich Abhilfe schaffen und die Gemeinde zu neuen Lösungen ermutigen.

Die Gemeinde kann damit nach Einbrüchen in wichtigen Erwerbszweigen wie beispielsweise in der Stickereiindustrie auf eine langfristig breitere und moderne ökonomische Grundlage gestellt werden. Ein positives Beispiel ist die Dornbirner Kauf- Vorhalte- und Bereitstellungspolitik, die von allen im Rathaus vertretenen Parteien mitgetragen wird.

Ortszentrum wird dem politischen Zufall überlassen

Der Lustenauer Kirchplatz ist nach 45 Jahren eine wechselvolle Abfolge von verflossenen Projekten, Gesprächen, Volksabstimmungen, budgetären Hungerdotierungen und fallweisen Platzbemalungen.

Es war wie ein politisches Karussell, bei dem es mehr rückwärts als vorwärts ging, mit dem Ausblick auf eine rustikale Kieslandschaft sowie Plastikgebäude und abgedunkelten Büros, verbunden mit dem verkehrstechnischen Grundsatz „fahre immer und überall“.

Die aktuellen Budgetzahlen zum Ortszentrum sind wieder der übliche finanzielle Kahlschlag und Abbild der ewig gleichen Geschichte. Die vorgesehene Budgetposition von € 1,45 Mio. wurde kurz vor Budgeterstellung noch rasch auf den Aufkauf eines Wettbüros und Verlängerung einer Mittelinsel aufgeteilt.

Es fehlt im Zentrum an jeder Art von Fort- und Weiterentwicklung sowie Attraktivität für ein urbanes Umfeld mit Branchenmix.

Die Fußgängerzone – Kernstück jeder Zentrumsbildung – ist in immer weitere Ferne entzückt.

Geliebt sind Baufelder ohne Investoren, halbgedeckte Eisengestänge, sinnentleert und unerklärt, mit einer Stimmung, in der viele die Zukunft in der Vergangenheit suchen.

Dabei kann man auch nach Ansicht der Vorarlberger Wirtschaftskammer die Entwicklung in einem Ortszentrum nicht beschleunigen, indem man andere Projekte bremst.

Wie andere mit modernen Projekten umgehen zeigt unsere Nachbargemeinde Lauterach, in der ein großes Möbelhaus die Verkaufsfläche auf 11.880 m² erhöht.

Dort arbeiten alle Parteien bei der Gestaltung des Gebäudes, der Anbindung an das Radwegenetz, einer Bushaltestelle die heutigen Bedürfnissen entspricht, mit.

Eine neue Abbiegespur auf der L 190 wird errichtet, ohne dass alle möglichen Gremien und Nachbarkommunen über die betroffene Gemeinde befinden.

Die Verkehrsprobleme im Unteren Rheintal müssen ohnehin – mit oder ohne IKEA – auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde kann nicht wegen des Wildwuchses im Verkehrssystem und dem Versagen der Verkehrspolitik einfach blockiert werden.

Auch ist darüber nachzudenken, ob eine renommierte Weltfirma diesen blaugrünen Gegensturm nötig hat, oder ob sie sich nicht nach einem Standort in einer Nachbargemeinde umsieht, in der sie mit offenen Armen empfangen wird, etwa in Dornbirn und dann Lustenau wie immer auf die Rolle der bloßen Zubringerstraße für die umliegenden Wirtschaftszentren beschränkt wird.

Die Ablehnungs-Proponenten können sich offenbar auch nicht vorstellen, dass IKEA zweifellos Zustellsysteme einsetzen kann wie sie im neuen Markt in Wien geplant sind. Wenn mit Volksabstimmungen Stimmung gegen Investoren gemacht wird, so werden sich künftig renommierte Investoren sehr gut überlegen, sich in Lustenau niederzulassen.

Denken die Betreiber der Volksabstimmung auch an mögliche Folgen ihrer eindimensionalen Denkweise?

- Die von einer Proponentengruppe angefachte Diskussion um die Ansiedlung von IKEA lässt das Gesamtinteresse der Gemeinde außer Acht.
- Lustenau hat seit Jahrzehnten einen Mangel an modernen Einkaufsmöglichkeiten.
- Die Abwanderung der Kaufkraft an umliegende Gemeinden beträgt jährlich € 113 Mio., das sind mehr als die Hälfte der gesamten Lustenauer Kaufkraft.
- Wichtige Branchen fehlen in unserer Gemeinde überhaupt.
- Die Ansiedlung von IKEA wäre ein bedeutender Schritt ins benachbarte Ausland fließende Kaufkraft wieder zurückzuholen.

- Moderne Arbeitsplätze vor allem auch für Frauen und Kommunalsteuereinnahmen für die Gemeinde.
- Es ist zynisch, wenn Parteieinvertederter ständig neue Forderungen ans das Gemeinbudget stellen und die Steuereinnahmen geringschätzen.
- Wer gibt grünblauen Oberlehrern und Opportunisten überhaupt das Recht, darüber zu befinden, was vor allem junge, mit knappen finanziellen Mitteln ausgestattete Mitbürger in Lustenau einkaufen dürfen.
- Es ist auch seit Jahrzehnten wohl der erste Fall, dass gegen ein bestimmtes innovatives Unternehmen derart vorgegangen wird.
- Das einzige Ergebnis der Initiative wäre, dass sich die Einwohner der umliegenden Gemeinden über die ihnen von Lustenauern zugespielte wertvolle Chance die Augen reiben und sich einfach freuen würden.
- Die umliegenden Städte haben schon immer ein Grundstück gefunden, wenn sich die Ansiedlung eines innovativen Betriebes anbot (siehe Fa. Ölz in Dornbirn).
- Alle gegenteiligen Angaben fallen unter die Rubrik politische Weihnachtsmärchen.
- Die wirtschaftlichen Vorteile wären bei unseren lieben Nachbarn und wir hätten wieder nur den Verkehr wie Samariter im Dienste des Nächsten.
- Der zugegebenermaßen starke Verkehr in unserer Gemeinde ist einerseits hausgemacht, andererseits das Ergebnis einer katastrophalen Verkehrspolitik der letzte Jahrzehnte.
- Wir haben die Misere schon lange - obwohl weit und breit kein IKEA zu sehen ist.
- Wir können doch nicht einfach stehend frei IKEA zum Sündenbock für unsere Verkehrsmisere stempeln, dies ist doch sinnlose Willkür.
- Wir müssen doch endlich selbst Maßnahmen gegen diese Verkehrsflut unternehmen, das Gejammere über das Nichtstun der anderen ist doch völlig sinnlos.
- Wegen des Totalversagens der Verkehrspolitik in unserem Raum können wir auch nicht die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinde blockieren.
- Vielleicht könnten wir uns ein paar Ratschläge bei den Lauteracher Nachbarn holen, die gemeinsam die Vergrößerung des dortigen Möbelmarktes auf 11.880 m² begründen, an der Gestaltung des Gebäudes, der Verkehrsanbindung das Radwegenetz und an der Einbindung an die L 190 mitarbeiten, und zwar alle Gemeindefraktionen.
- Obwohl es derzeit offenbar politisch nicht gewollt ist, müssen auch die Lustenauer Verantwortlichen alles daran setzen, dass unsere Gemeinde nicht endgültig zum reinen Straßendorf mit Zubringerfunktion für die großen Geschäfts- und Wirtschaftszentren der Umgebung wird.

Dornbirn baut eine neue moderne Bibliothek, unsere Gemeinde sollte ein überdimensioniertes Profistadion aus dem Boden stampfen.

Einiges müsste sich ändern – wir alle können dazu beitragen und gemeinsam anstatt gegeneinander an unserem Lustenauer Image arbeiten.

Bildung ist Lebensgestaltung und Kompetenzerwerb

Unser Bildungssystem steht vor immer größeren Herausforderungen.

Wenn laut einer aktuellen Studie von Wirtschaftsforschungsinstitut und Akademie der Wissenschaften ein knappes Viertel der 15-Jährigen Voll- und fast die Hälfte Teilanalphabeten sind, dann steht unsere Gesellschaft vor einem Jahrhundertproblem.

Damit liege die Situation von Österreichs Pflichtschule hinter dem Stand vom Jahre 1910. Es besteht offenbar noch immer eine starke Vererbung der Bildung, verbunden mit Chancenungleichheit, und einem erheblichen Nachholbedarf bei der Sprachförderung im Kleinkindbereich.

Pädagogische Förderkonzepte für schwächere Schüler müssen deren Chancen verbessern. Die Integration ist aktiv zu fördern und nicht nur hinzunehmen, verbunden mit dem Erkennen, dass Bildung nicht nur eine Bring- sondern gleichzeitig eine Holschuld ist. Unzureichende Bildung führt immer mehr zu schwierigen Lebenssituationen und lebenslangen prekären Arbeitsverhältnissen.

Die Gemeinde als Schulerhalter

Bau und Erhaltung der Schulen und Kindergärten sind eine immer größere Herausforderung für die Gemeinde.

Das derzeit dringendste Projekt ist die Volksschule Rotkreuz mit einem geschätzten Kostenrahmen von rund € 21 Mio.

Nach einer jahrlangen Projektentwicklung unter intensiver Mitarbeit des Lehrpersonals und mehrerer Experten-Workshops verzögerte sich die Realisierung immer mehr, bis schließlich in der mittelfristigen Finanzplanung das Projekt Reichhofstadion mit € 15 Mio. terminlich vorgezogen wurde. Der offenbar im Gemeindevorstand getroffene Formalkompromiss zwischen den Polen „Brot und Spiele“ und „Brot und Bildung“ besteht darin, dass hinsichtlich beider Projekte der Planungsprozess in Gang gesetzt und die VS Rotkreuz im Jahre 2023 realisiert werden soll.

Dies ist eine faktische Rückreihung des Schulprojekts, was aus baulichen, zeitlichen und pädagogischen Gründen keine zulässige Option darstellt.

Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Kleinkindbetreuung und die frühkindliche Pädagogik, die eine wesentliche Grundlage eines späteren Schulerfolges ist.

Die Gemeinde konnte das diesbezügliche Anbot um rund 100 Plätze erweitern. Es besteht jedoch weiterer Bedarf, vor allem im Ortsteil Rheindorf mit seiner massiven Wohnbautätigkeit und seiner ohnehin schon mangelhaften Infrastruktur.

Umweltpolitik und Verkehrsprobleme in Lustenau

Es war vor 115 Jahren, als Dornbirner Textilindustrielle eine elektrische Straßenbahn von Dornbirn durch Lustenau errichteten, um über eine sogenannte Prachtstraße über die Unterfahrbrücke in das schweizerische Rheintal und weiter nach St. Gallen zu gelangen.

Dieser interessante Abschnitt Lustenauer Verkehrspolitik wurde allerdings im Jahre 1938 von den damaligen Machthabern abrupt beendet.

Was dann als Verkehrspolitik folgte, und seit Jahrzehnten andauert, können wir heute in unseren Straßen erleben.

Zur chronologischen Ordnung des immer gleichen Lustenauer Verkehrssalats gibt es allerdings nun eine neue historische Zeiteinteilung: „Der Lustenauer Verkehr vor und nach IKEA“, wie ein neuer Kalender der Lustenauer Verkehrsgeschichte suggerieren will.

Was heißt in diesem Zusammenhang eigentlich das laute Schweigen des grünen Lustenauer Landtagsabgeordneten, wenn er bei der geplanten Monsterstraße mit ungehemmten Abgasschwaden im Lustenauer Ried in Tauchstation verharret, andererseits eine einzelne Firma mit einem wilden Zahlenschauer zum Inbegriff des finalen Verkehrschaos stempelt. Geht es bei der ganzen Aktion gegen IKEA um einen in West-Ost geteilten Umweltbegriff, um eine neue ökologisch-politische Farbenlehre oder um etwas ganz anderes?

Lustenau hat auch im gesamten Ortsbereich seit Jahren ein überdurchschnittliches Verkehrsaufkommen mit entsprechenden Schadstoffmengen. Dies aber alles ohne IKEA, dem offensichtlichen Sündenbock für Verkehrsprobleme, die in Lustenau seit Jahrzehnten von einem Bürgermeister an den anderen weitergegeben wurden.

Ein positiver Schritt in eine nachhaltige und umweltfreundliche Mobilität ist der neue Lustenauer Bahnhof.

Aufgrund seiner peripheren Lage kann er allerdings nur funktionieren, wenn die Busverbindungen hinsichtlich Fahrzeiten, Anschlüssen und Umsteigeverbindungen auch kundenfreundlich angelegt sind.

Schwierig wird diese Aufgabe, wenn der private Autoverkehr Straßen verstopft und der Bus zum Sklaven des Individualverkehrs wird. Menschen zum Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu animieren, kann nur mit Eingrenzungen oder mit neuen Konzepten gelingen – dazu wäre es hoch an der Zeit für neue innovative Schienenverbindungen wie Straßenbahnen.

Die Straße ist das Übel, nicht die Lösung

Zu den alltäglichen Verkehrsproblemen kommt in Lustenau das spezielle Problem, dass seitens von Land und Gemeinde am millionenschweren Planspiel S-18 festgehalten wird.

Wenn eine Trassenführung aus verständlichen Gründen nach 50 Jahren immer noch nicht feststeht und bei einer Realisierung nur mit einer massiven Ausweitung der Schadstoffwolken zu rechnen ist, wäre es Zeit, wenigstens nur das kleinere Übel zuzulassen und eine kleine Verbindung zwischen beiden Autobahnen zu wählen.

Es könnte mit weit geringerem Aufwand, in weit kürzerer Zeit und unter Ausschluss des riesigen Risikos eine kurze Verbindung geschaffen werden, wenn man nur wollte.

Auch im Verkehrsbereich wird es Umwälzungen geben; mit oder ohne die Vorstellungen unserer statischen Begrifflichkeit.

Wer offensichtlich mit seiner Weisheit am Ende ist, sollte nicht immer wieder dasselbe tun. Wie sagte doch Albert Einstein: „Die Definition von Irrsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Resultate zu erwarten“.

Klimaproblematik – noch später ist es zu spät

Das Umweltbundesamt fordert dringend eine Klimaschutzstrategie, da jedenfalls klar sei, dass auch Österreich bis spätestens 2050 ohne fossile Energie auskommen müsse.

Derzeit befinden wir uns mit unserer Klimabilanz an der schlampigen 35. Stelle der Länderübersicht. Von 2021 bis 2030 müssen wir den CO₂-Gehalt um 36 % gegenüber 2006 reduzieren.

Bis heute ist er jedoch um 16 % angestiegen, wobei rund 28 % auf den Verkehr entfallen.

Wir fahren seit vielen Jahren als ökologische Geisterfahrer in die verkehrte Richtung.

Das Kioto-Protokoll ist in Österreich ohnehin erst im Mai 2002 ratifiziert worden.

Wegen Nichterfüllung der Reduktionsziele musste Österreich in der Folge 72 Mio. „CO₂ Einheiten“ zum Preis von € 500 Mio. zukaufen, was in CO₂ einsparenden Investitionen verantwortungsvoll investiert hätte werden können.

Österreich ist auf der Klimakonferenz schwer unter Kritik geraten und wenn keine Umkehr stattfindet, werden wir weiterhin mit massiven Zahlungen zu rechnen haben.

Dies heißt, dass alle Gebietskörperschaften, auch die Gemeinden zur Mitarbeit an einem neuen Klimaschutzplan verpflichtet sind.

Die Zeit drängt, die Politik ist gefordert.

Bei der engen Verzahnung zwischen Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik zeigt sich die österreichische Regierung in besonderem Maße hilflos.

Es werden immer mehr und größere Autos gekauft, der Schwerverkehr auf der Straße nimmt immer weiter zu, der CO₂ Ausstoß aus dem Verkehrsbereich steigt immer weiter an. Dies ist auch in Vorarlberg das schwierigste Umweltproblem, das wie eine heiße Kartoffel umgangen wird.

Fossile Energie wird weiter steuerlich begünstigt, die Steuer auf Flugtickets wird halbiert. Anstatt klimaschonende Maßnahmen steuerlich zu begünstigen und schädigende zu belasten, gibt es weiterhin keine Steuer auf Flugbenzin. Verkehrsbeschränkungsmaßnahmen und Forderungen wie beispielsweise in Tirol werden nicht ergriffen.

Umweltpolitik muss wirksam vertreten werden, damit sie auch im Alltag der Menschen ankommt.

Definitives Klimaschutzprogramm

Auch die Gemeinde Lustenau darf sich nicht auf ihren „e“-Emblems ausruhen, ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm ist für Bund, Land und Gemeinden ein Gebot der Stunde.

Dazu gehört die Umlenkung der individuellen Erdöl-Mobilität auf vermehrt öffentliche Elektro-Mobilität. Es ist dringend notwendig, „heilige Kühe“ ernsthaft zu hinterfragen.

Dem Bürger sind effiziente Alternativen anzubieten.

Wir brauchen endlich eine Fußgängerzone als verkehrsfreie Insel mit Ausstrahlung.

In jedem Ort, der etwas auf sich hält, haben sich längst Fußgängerzonen etabliert – warum ist es denn in Lustenau so schwierig?

Ein effizientes Förderungssystem für Bürger und Wirtschaft tut Not – auf dem Weg zu Solaranlagen, zu Photovoltaik, zu giftfreier Biolandwirtschaft, zu vermehrt pflanzenbasierter Ernährung, zu energiesparenden Bau- und Produktionsweisen, zur Einschränkung der Versiegelungen, zum Pflanzen von Bäumen und Baumgruppen. Die öffentliche Hand als Vorreiter müsste Parks auch im Ortsgebiet anlegen. Es gibt hierzu aktuelle Literatur des Vorarlberger Autors Conrad Amber.

Ein Think-tank als Aufgabe für die Gemeinde – nicht nur für den Umweltausschuss, da die Klimaproblematik alle angeht.

Stimmungsbild in Lustenau

Wir finden in Lustenau zweifellos noch schöne Gegenden und interessante Entwicklungen. Dazwischen mischen sich aber Zweifel.

Wo ist die vielzitierte Promenade vom Bahnhof bis zum Alten Rhein geblieben mit vermehrten Orten der Natur, frei von der Hektik des motorisierten Verkehrs.

Wie lange wird es noch dauern, bis in Lustenau die erste Fußgängerzone entsteht?

In Dornbirn gibt es sie schon seit einer ganzen Generation in immer größerem Umfang.

In Hohenems gibt es Straßenzüge mit Steinbelag, ein ganzes Viertel, in dem sich der Fußgängerverkehr entwickelt.

Wo sind bei uns die Wettbewerbe für die Baufelder, deren erster für November eines vergangenen Jahres vorgesehen war?

Warum müssen am Kirchplatz so viele gute Ideen im Nirwana enden, in individuellem Verkehrschaos, in unstrukturierte Auto-Abstellanlagen, auf Plätzen mit irgendwelchen Eisen-Gerippen, ohne Bibliothek und ohne ausreichendes Geschäftsangebot. Warum müssen eigentlich 20.000 Einwohner auspendeln wenn sie ein Einkaufs- oder Zentrumsflair wünschen ?

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir zum Schluss noch ein nachdenkliches Zitat über unsere Gemeinde aus der Zeitschrift „Freiraum Nr.1“:

Der *Stadtwanderer* beschreibt dort auf seinem Weg durch Lustenau sehr nachdenklich die Entwicklung des Wohnbaus in unserer Gemeinde wie folgt:

„Hatten wir bei der ersten Generation noch gewusst, was schön und richtig ist, sind wir bei der zweiten ratlos. Der rohe Klotz auf Mutters Grundstück beweist es. Ein Quartier aus lauter solchen Klötzen macht uns Angst.“

Lasst uns heute als politisch Verantwortliche Fortschritt mit den wertvollen Zeugnissen unserer Identität verbinden.

Abschließend danke ich Mag. Klaus Bösch für die gewissenhafte Vorbereitung der Budgetzahlen, im Besonderen auch der Lustenauer Bevölkerung für ihren Einsatz im Beruf, in der Familie aber auch in den vielen ehrenamtlichen Bereichen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderätin Christine Bösch-Vetter trägt namens der **Grünen Lustenau** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeindevertreter!

Der Bürgermeister ist bereits detailliert auf das Zahlenwerk eingegangen. Ich versuche mich an das vereinbarte Zeitlimit zu halten und konzentriere mich in meinen Ausführungen also nicht auf die Wiederholung von Zahlen, sondern viel mehr auf grundsätzliche Überlegungen und Anregungen der Grünen Fraktion.

Ein Budget bildet auch Entscheidungen der vergangenen Jahre ab

Ein Budget wie das Vorliegende bildet nicht nur die Pläne und Vorhaben des kommenden Jahres ab - es bildet auch die Entscheidungen der vergangenen Jahre ab. Sichtbar wird dies heuer zum Beispiel mit € 6,5 Mio für die Fertigstellung des neuen Feuerwehrhauses.

Den Neubau und die unverzichtbare Arbeit der Feuerwehr unterstützen wir uneingeschränkt, bei der Größe und den Kosten hätten wir Einsparpotenzial gesehen. Sichtbar wird auch, dass eingetreten ist, wovor wir viele Jahre gewarnt haben - wir werden im kommenden Jahr € 50.000,- für die Sanierung eines Flachdaches an der baulich höchst maroden Volksschule Rotkreuz aufbringen müssen - in der Hoffnung, dass nicht noch mehr unaufschiebbare Sanierungsmaßnahmen auf uns zu kommen, bevor die Schule endlich zum Campus Rotkreuz umgebaut wird. Erfreulicherweise finden wir auch € 45.000,- für die Vorbereitung des Architekturwettbewerbes für den besagten Campus.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren für eine deutlich raschere Verwirklichung des Campus Rotkreuz eingesetzt und hätten gerne heuer und noch lieber schon letztes Jahr echte Baumaßnahmen am Campus gesehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der politische

Wille hier im Haus ein anderer war, wobei es vor allem finanzpolitische Argumente waren, die den Campus zeitlich nach hinten rücken ließen. Auch wenn Lustenau – und das stellt man schnell fest, wenn man sich mit Budgetkennzahlen anderer Vorarlberger Gemeinden auseinandersetzt – zu den finanzstarken Gemeinden gehört, werden wir nicht um die Diskussion herum kommen, wie wir diesen dringend notwendigen Schulbau finanzieren werden.

Großprojekte ausschließlich aus dem laufenden Budget zu bewältigen, ist nicht realistisch und volkswirtschaftlich zu hinterfragen, weil eine solche Praxis den Spielraum für andere notwendige Zukunftsinvestitionen deutlich einschränkt.

Ein Budget zeigt auch auf, wie sich ein Ort entwickelt.

Lustenau wächst und es wächst erfreulicherweise besonders bei den Jüngsten. Lustenau – und auch das Land Vorarlberg – haben in den letzten Jahren viel Geld in Kinderbetreuung, in Kindergärten und in die Schülerbetreuung investiert. Was wir Grüne lange Zeit gefordert haben, wird inzwischen im Rathaus selbstverständlich mitgedacht. Und das ist auch gut so. Heute – im Jahr 2017 – gilt eine gut funktionierende Kinderbetreuung als Standortfaktor. Mit der Kindergartenstudie haben wir auch erstmals ein Planungsinstrument zur mittelfristigen Steuerung in Händen, das Entscheidungen auf eine seriöse Datenbasis stellt.

Der Bau von Kindergärten wird uns noch in etlichen kommenden Budgets Arbeitsaufgabe sein. Der Neubau des Kindergartens am Engelbach, für den im kommenden Jahr € 1,6 Millionen für die erste Bauetappe veranschlagt sind, sowie der Zubau beim Kindergarten Am Schlatt sind dringend notwendig.

Die kräftige Investition an der NMS Rheindorf, mit der baulich Möglichkeiten für Ganztagsbetreuung als auch Möglichkeiten für zeitgemäße Lernformen geschaffen werden, ist auch aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.

Beim Beschluss zum Fußballkonzept, waren sich ja alle Fraktionen einig darüber, dass die erforderlichen Investitionen im Reichshofstadion und im Fußballnachwuchszentrum nicht dazu führen dürfen, dass es im Bildungsbereich zu finanziell bedingten Verzögerungen kommt. Im Fußball können wir zwar mit der in Aussicht gestellten Zweidrittelfinanzierung des Landes die Gunst der Stunde nützen, trotzdem werden auch im Gemeindebudget in den kommenden Jahren mehrere Millionen Euro unterzubringen sein.

Für den Umbau des Reichshofstadions läuft derzeit der Architekturwettbewerb und wir hoffen auf ein nachhaltiges und zukunftsweisendes Siegerprojekt. Genauso wichtig ist aber aus unserer Sicht die rasche Realisierung des Fußballnachwuchszentrums, weil die beiden Fußballvereine mit ihren Nachwuchsabteilungen erfreulicherweise schon jetzt aus allen Nähten platzen. Wenn wir verlorene Investitionen in die bestehenden Anlagen, die nach der Inbetriebnahme des Nachwuchszentrums nicht mehr benötigt werden, minimieren wollen, müssen wir auch dieses Projekt ohne Zeitverzögerung weiterverfolgen.

Wir stehen also in den nächsten Jahren vor großen finanziellen Herausforderungen an das Gemeindebudget und ich wiederhole daher unseren dringenden Appell!

Wir brauchen im kommenden Jahr eine offene und ehrliche politische Diskussion darüber, wie die dringend notwendigen Investitionen finanziert werden können

Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr steigen laufend an

Lina Hofstätter, eine gebürtige Lustenauerin hat vor 15 Jahren folgendes über den Lustenauer Bahnhof geschrieben: „Der Bahnhof, sagt man, ist das Tor zur Welt. In Lustenau findest du dieses Tor kaum. Und wenn du’s doch schaffen solltest, fährt natürlich kein Zug. Der Bahnhof ist die Visitenkarte eines Ortes für den Neuankommenden. Aber erstens

kommt da in Lustenau niemand an und zweitens ist der Bahnhof das Letzte - im Ort, meine ich."

In diesen 15 Jahren hat sich das Blatt deutlich gewendet. Der Bahnhof ist zwar immer noch sehr nördlich. Das wird er auch bleiben. Der Lustenauer Bahnhof hat sich aber zu einer wichtigen Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs entwickelt. Die Fahrgastzahlen sind ständig im Steigen. Wenn dann der Zug ab der ersten Hälfte des kommenden Jahrzehnts sogar auf dem vorhandenen Gleis nach Dornbirn fährt, werden die Fahrgastzahlen erneut deutlich steigen. Heute fährt der Zug untertags im Halbstundentakt nach Bregenz bzw in die Schweiz. Durch den Umbau ist der Bahnhof deutlich attraktiver geworden und endlich auch von der Bahngasse aus sicher erreichbar.

Im kommenden Jahr ist im Voranschlag eine Summe von 1 Million für den Bahnhof abgebildet. Es ist wichtig, dass wir dort in ein Ladenlokal, ein öffentliches WC und einen ansprechenden Vorplatz mit Grüngestaltung investieren. Außerdem gehören zur Fertigstellung des Bahnhofes auch die sichere und gute Erreichbarkeit mit dem Fahrrad sowie gute Busanschlüsse. Da gilt es im kommenden Jahr noch volle Aufmerksamkeit hinzulenken.

Lustenaus wertvollste Ressource sind die vielfältigen Fähigkeiten der Menschen

Unsere Gemeinde verfügt über keine Bodenschätze. Es ist auch nicht absehbar, dass sich nasser, schwerer Boden zu einem solchen entwickeln könnte. Unsere Stärke müssen also die Menschen sein. Wir sind gut beraten, ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen für eine gute Bildungslaufbahn zu schaffen, mit ihnen gemeinsam diesen Ort zu gestalten, an dem wir alle gut, gerne und gesund leben können. Wir wachsen wie nie zuvor und wissen nicht recht, wie das geht.

Wir werden neue Antworten für das gute Zusammenleben aller Lustenauer und Lustenauerinnen entwickeln müssen. Am Dienstag wurde ein sehr viel versprechendes Konzept zur Betreuung und Pflege in Lustenau präsentiert. Auch dort stellen wir fest, dass die alten Antworten nicht mehr für alle Fragen im Alter passend sind.

Wer mit offenen Augen durch unseren Ort geht, sieht, dass er sich verändert. Allorts entstehen Mehrgeschosswohnbauten. Das ist prinzipiell gut, weil der verfügbare Boden knapp wird. Aber damit es auch für die Zukunft gut ist und ein neben- und miteinander Wohnen gelingen kann, muss der Außenraum - der Grünraum schritthalten. Wir werden gerade was den Grünraum anlangt einen längst fälligen Paradigmenwechsel vollziehen müssen. "Wenn alle einen Garten haben, benötigen wir keine öffentlichen Grünräume" - so war - von mir jetzt bewusst überspitzt formuliert - lange die politische Haltung der Mehrheit. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem viele Lustenauer und Lustenauerinnen in einer Wohnanlage, oft ohne eigenen Garten, wohnen. Der Neubau des Kindergartens am Engelbach, der Erwerb eines Grundstückes südlich der VMS Hasenfeld und der Wunsch nach einem Schulgarten sind zusammen ein guter Anlass, den öffentlichen Grünraum entlang des Grindelkanales von der VMS Hasenfeld bis zum Friedhof Hasenfeld öffentlich zugänglich zu gestalten. Die Gemeinde verfügt hier durchgängig über Besitz und kann zeigen, welche Lebensqualität ein für alle zugänglicher Bach innerorts für Jung und Alt schaffen kann. Darauf freue ich mich besonders. Denn jetzt - wo die Abwässer der Häuser nicht mehr in den Bächen landen, sondern in den dafür vorgesehenen Kanalrohren, kann man behutsam anfangen, die Bäche, die vielerorts verrohrt sind, an der einen oder anderen Stelle wieder sichtbar und erlebbar zu machen.

Taten zählen, nicht Worte

Was uns Mühe bereitet, sind eine Reihe von Entscheidungen, die sowohl politisch als auch budgetär fortlaufend auf die lange Bank geschoben werden. Es werden wert- und sinnvolle Prozesse angeregt, Studien erstellt, die in den Schubladen landen bzw. deren Umsetzung

höchst zögerlich erfolgt. Wir hoffen sehr, dass die Studie bzw. das Konzept für das Stickerimuseum nicht dieses Schicksal erleidet.

Es ist mir ein Anliegen auch auf die wirklich überfällige Sanierung des Rathauses, die Sanierung des Stickereizentrums – völlig unabhängig davon, ob die Bibliothek dort bleibt oder nicht, die Sanierung des Gutshofes Heidensand und last but not least die Gestaltung des Zentrums hinzuweisen.

Ich muss ganz klar sagen – mit vier Bäumen am Kirchplatz ist es nicht getan. Keine Gemeinde verfügt über so viele Grundstücke im Zentrum – und damit über so viel Gestaltungsraum im eigenen Wirkungsbereich – wie Lustenau. Und keine Gemeinde lässt solche Grundstücke über Jahre brach liegen, Konzepte entwickeln, ohne ernsthafte bzw. sichtbare Anstrengungen, in eine Umsetzung zu gelangen. Es ist sehr erfreulich, dass sich etliche Anrainer im Zentrum Gedanken machen, Architekten beauftragen, ihre Immobilien mit privaten Mitteln sanieren und in Schuss halten. Aber der Gemeinde würde hier eine deutlich aktivere, eine moderierende und vernetzende Rolle zukommen, als sie dies bisher wahrgenommen hat.

Insofern begrüßen wir es sehr, dass im kommenden Jahr eine unserer langjährigen Forderungen realisiert wird: die Schaffung einer Stelle für aktives Standortmanagement. Neben der aus unserer Sicht höchst dringenden Aufgabe der Zentrumsentwicklung – ein Blick nach Hohenems könnte zeigen, wie sich auch mit kleinen Spezialgeschäften eine lange unattraktive Innenstadt zu einem Juwel entwickelt – oder ein Blick nach Dornbirn könnte zeigen, dass die dortige Politik durch geschicktes und vorausschauendes Verhandeln erreicht hat, dass die Dornbirner Sparkassa zu ihrem 150jährigen Jubiläum der Stadt eine neue Bibliothek spendiert. Auch die florierende Fußgängerzone hat man dort gerade vergrößert – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Eine weitere Aufgabe, die dem Standortmanagement zukommt, ist das Prüfen und Entwickeln von Alternativen für eines der prominentesten Lustenauer Grundstücke an der Dornbirner-Straße. Womit wir bei IKEA angelangt wären.

IKEA – wieviel zusätzlichen Verkehr verträgt Lustenau?

Dass sich in den letzten Wochen eine überparteiliche Bürgerinitiative gegründet hat, denen die Ansiedlung von IKEA große Sorge bereitet, hat neben der zu erwartenden Verkehrslawine zu einem großen Teil auch damit zu tun, dass seit 2,5 Jahren hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, kaum Informationen nach außen dringen, keinerlei objektive, d. h. nicht von Akteuren selbst generierte Daten und Fakten zur Verfügung gestellt werden, den Lustenauer BürgerInnen keine Diskussionen über FÜR und WIDER möglich gemacht werden und keine Alternativprüfung oder alternative Szenarien angedacht werden.

Um ein Mitglied der Bürgerinitiative – zu zitieren "Ich habe kein einziges Argument gefunden, das für eine Ansiedlung in Lustenau spricht. Wer soll das unseren Enkelkindern mal erklären?" Wir teilen die Sorgen der Bürgerinitiative, und unterstützen ihr Anliegen vollinhaltlich. Andere Nachbargemeinden sind vorausschauender im Ansiedeln von Firmen und forcieren Betriebe, die mehr Arbeitsplätze schaffen, mehr Kommunalsteuer bringen und gleichzeitig weniger zusätzliche Autos, als ein Möbelhaus mit Selbstbedienungsrestaurant. Man kann natürlich immer Angst machen, mit unter anderem vom zuständigen ÖVP-Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser widerlegten Behauptung, IKEA würde sich halt in Dornbirn oder Hohenems niederlassen, wenn man ihn denn in Lustenau nicht nehme. Man könnte aber auch aufhören, dieses Stammtischargument zu erzählen und sich stattdessen für – wie man so schön sagt – enkeltaugliche Lösungen einsetzen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die kostbare Arbeitszeit der GemeindemitarbeiterInnen, die derzeit von der Ansiedlung des Verkehrsmagnetes IKEA am Ortsrand gebunden wird, hinkünftig für das Gelingen eines vitalen Ortszentrums verwendet werden würde.

Abschließend ein Zitat „Lustenau besinnt sich daher auf seine Stärken und Potentiale; Aufenthaltsqualität, Wohnen im Zentrum, Ambiente, Verdichtung, sanfte Mobilität sowie Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung für die eigene Identität- das sind die Punkte, an denen in der Marktgemeinde gearbeitet wird. Regionale Produkte und hier besonders auch Lustenauer Spezialitäten spielen dabei eine wichtige Rolle. In Lustenau soll den Menschen angeboten werden, was in Lustenau wächst und produziert wird – in der Hoffnung, dass die Wertschätzung für lokale und regionale Produkte wächst.“ Das hat unser Bürgermeister im Jahr 2016 anlässlich einer Pressekonferenz zur Stärkung der Ortszentren gesagt.

Für einen solchen Weg, stehen wir mit äußerst konstruktiver Mitarbeit gerne zur Verfügung.

Für eine am Frankenkurs orientierte, den zusätzlichen Verkehr ignorierende, kurzfristig gedachte Ansiedlung von IKEA hingegen nicht.

Ich darf Mag. Klaus Bösch, dem Leiter der Finanzabteilung für die konstruktiven Gespräche und die gute Aufarbeitung des Zahlenwerkes Danke sagen. Den Lustenauerinnen und Lustenauern, die ihre Talente, ihr Können und ihre Zeit an den vielfältigsten Orten und in den unterschiedlichsten Arten in das Wohlergehen unserer Gemeinde investieren, sage ich Danke. Euch sage ich Danke für die unter dem Jahr meist sehr konstruktiven und wertschätzenden Gespräche. Ich freue mich über jede und jeden, die auch dann, wenn man nicht derselben Meinung ist, einen guten Umgangston pflegen und wünsche euch und euren Familien erholsame Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr.

Gemeindevertreterin Ayse Tekelioglu trägt namens der Liste **Tekelioglu** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeindevertretung,

im Jahr 2018 gilt es für die Gemeinde Lustenau einen Haushaltsvoranschlag mit einem Rahmen von über € 80 Mio. zu stemmen.

Allein für die Investitionsausgaben und Ankauf von Vermögen wurden für das Jahr 2018 über € 20 Mio. bugetiert. Das beträgt genau ¼ der Gesamtbudgetsumme. Diese Mittel werden erfreulicherweise zur Realisierung für mehrere Großprojekte mit hoher Priorität zur Verfügung gestellt.

Nicht so erfreulich – verschmälern unsere zur Verfügung stehenden Mittel durch Zuweisung an öffentliche Körperschaften mit knapp € 14 Mio. – Ausgaben mit weder Einfluss noch Einsparungsmöglichkeiten. Noch dazu wird uns hier der Pflegeregress womöglich zusätzlich böse überraschen.

Mit fast zusätzlich € 18 Mio. planen wir unseren Personalaufwand.

Somit sind bereits fast ¾ unseres Budgets verplant.

Die restliche Summe muss noch für eine Fülle von Ausgaben wie zum Beispiel Jugend, Sport, Kultur, Instandhaltung öffentlicher Einrichtungen, Sozial- und Gesundheitswesen,

Umwelt etc ausreichen. Die Zeiten bleiben bei der Budgetplanung für die öffentliche Hand von Jahr zu Jahr herausfordernd.

Laut unserem Voranschlag erwarten wir Einnahmen und Ausgaben, die sich decken und somit bauen wir von unserem Schuldenberg knapp € 150.000,- ab. Dieser Effekt schlägt sich auch unter anderem durch Zurückzahlung von Leasing – MS Hasenfeld positiv zu Buche.

Wir hoffen, dass die positive Wirtschaftskonjunktur weiter anhält, die Ertragsanteile höher ausfallen als geplant und die budgetierten Ausgaben eingehalten werden können.

Wir geben dem Haushaltsvoranschlag 2018 unsere Zustimmung.

Vizebürgermeister Walter Natter trägt namens der **ÖVP Lustenau** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2018 vor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
 Geschätzte Damen und Herren der Gemeindevertretung!
 Werte Gemeindevorstandskolleginnen und -kollegen!
 Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!
 Geschätzte Zuhörer!

Unsere Ziele sind die Grundpfeiler unserer Investitionen in unsere und der Zukunft unserer Kinder. Das Budget der Gemeinde, das jährlich in der letzten Gemeindevertretung vor Weihnachten vorgelegt wird, beinhaltet wesentlich mehr als nur Zahlen. Der Voranschlag einer Kommune ist auch Planung für das kommende Jahr und somit weit darüber hinaus. Jeder Euro, den wir ausgeben werden, ist für die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde von Bedeutung.

Mit der Entscheidung des Budgets, treffen wir als Gemeindevertreter eine entscheidende Vorgabe für die Zukunft unserer Gemeinde und ich darf Sie, Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevertretung, einladen, diese Entscheidung entsprechend mitzutragen.

Das Budget für das kommende Jahr wird in Lustenau traditionell gemeinsam erarbeitet. Das Zahlenwerk wird in zahlreichen Besprechungen über die Parteigrenzen hinweg diskutiert und zusammen festgelegt. Ich möchte mich zu Beginn, bei allen Beteiligten, für das konstruktive Gesprächsklima bedanken und für ihre Bereitschaft, dort Kompromisse einzugehen, wo sie notwendig waren. Gemeinsam haben wir einen Voranschlag entwickelt, der positiv und vor allem zukunftstauglich ist.

Hohe Investitionsquote, positives freies Budget. Damit sind nach intensiven Verhandlungen die Budgetierungsziele erreicht. Eine gutgehende Wirtschaft mit Investitionen in Millionenhöhe und ein laufendes Bevölkerungswachstum mit jährlich 200-300 neuen Lustenauerinnen und Lustenauern tragen zu unserem positiven Ergebnis bei.

Wir müssen 2018 den Schuldenstand beibehalten. Bei einem Gesamtbudget von € 80,7 Mio. und dem Wissen der bestehenden Vermögenswerte aus den Grundstücksankäufen der letzten Jahre, ist die Gesamtverschuldung der Gemeinde überschaubar. Es muss uns aber allen bewusst sein, dass die Gemeinde in den kommenden Jahren vor sehr großen Herausforderungen im Bildungsbereich steht, der Schuldenstand ist seit 2015 gedanklich mit € 1,5 Mio.

pro Jahr zu reduzieren, die Rückzahlung muss mit den zukünftigen Grundstücksverkäufen spätestens beginnen. Das hohe Risiko des Schweizer Franken in unserem Schuldenstand würde ich aus meiner persönlichen Sicht per sofort in Euro konvertieren, um langfristig dieser Gefahr nicht mehr ausgesetzt zu sein.

Die Fertigstellung des Feuerwehrhauses, der Neubau des KIGA am Engelbach und die weiteren anstehenden Schulbauprojekte u.a. der Volksschule Rotkreuz werden uns finanziell keinen großen Spielraum mehr lassen, mit diesem Budget haben wir uns bestmöglich darauf vorbereitet.

Die Investitionssumme von fast € 18 Millionen ist für Lustenau bemerkenswert. Täglich fließen viele Euros in die heimische Wirtschaft. Die Gemeinde ist damit einer der größeren Auftraggeber unserer Unternehmen.

Die Ertragsanteile werden als Anteil am gesamten Steueraufkommen Österreichs an die Gemeinden und Städte überwiesen. Für Lustenau werden dies im kommenden Jahr rund € 28,5 Mio. sein. Somit beträgt die Steigerung rund € 1,8 Mio., was einer Erhöhung von 6,3 % gleich kommt.

Die noch stärkere Standort- und Wirtschaftspolitik der Gemeinde, wird den Lustenauer Unternehmen ermöglichen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, was zu Einnahmen aus der Kommunalsteuer von über € 6,7 Mio. für 2018 führt.

Mit Stichtag 30.9.2017 leben in unserer Gemeinde 23.739 Menschen. Mit Respekt achten wir darauf, dass Lustenau sich ausgewogen und vielfältig, lebenswert, dynamisch und nachhaltig entwickelt.

Die für das Budget 2018 wesentlichen Zahlen sind die Budgetsumme mit € 80.686.700,- die Investitionen mit € 16.576.900,- das Freie Budget in Höhe von € 4.423.800,- die Einnahmen durch die Ertragsanteile und Steuern in Höhe von € 36.775.100,- und die Einnahmen der eigenen Steuern von € 14.351.500,- und die Gesamtverschuldung von € 67.691.300,-.

Die im Vergleich gute wirtschaftliche Situation in Lustenau, ist auf die seit Jahren praktizierte Bodenpolitik zurückzuführen. Dadurch konnten in den vergangenen Jahren Flächen für neue Betriebe entwickelt werden.

Wichtige Straßen- und Kanalbauten in den Betriebsgebieten Heitere und Milleniumpark erfolgen in den nächsten zwei Jahren. Auch Verbindungen für Fußgänger und Radfahrer werden geschaffen.

Unsere Gemeinde wächst weiter, das Wohnen gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen des Menschen, die Nachfrage nach Wohnungen ist nach wie vor groß. Trotz zahlreicher Bauleistungen durch die privaten und gemeinnützigen Bauträger ist die Liste der Wohnungssuchenden lang. Deshalb wird die Gemeinde auch im kommenden Jahr Maßnahmen setzen, um vermehrt Wohnraum zu schaffen. Im kommenden Jahr beginnt die VOGEWOSI mit dem Bau von weiteren Wohnungen, nach dem € 500,- Mietkonzept.

Die positive Entwicklung Lustenaus hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren Herausforderungen auch als Chance gesehen und gut gemeistert hat. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern weiterhin mit aller Energie die

Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in unserer Gemeinde verbessern. Die Stärken Lustenaus liegen vor allem in einer ausgewogenen Balance zwischen Dynamik und wirtschaftlicher Kraft und den sogenannten „weichen“ Standortfaktoren wie Sport, Freizeit, Kultur und Wohnqualität. Dieses Gesamtbild führt zu einer ausgesprochen hohen Lebensqualität in unserer Gemeinde.

Kulturelle Angebote und Aktivitäten bereichern unser Leben und machen unsere Gemeinde und unseren Lebensraum attraktiv und lebenswert. Ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Kultur- und Bildungslandschaft ist die Gemeindebücherei.

Der Musikschule ist es gelungen, für das laufende Schuljahr mehr als 1.500 Musikschülerinnen und Musikschüler zu begeistern.

Sport und Freizeit haben in Lustenau eine traditionell hohe Bedeutung, sowohl für die Aktiven als auch im Sinne des umfangreichen ehrenamtlichen Engagements.

Die gute Entwicklung unserer Gemeinde in den vergangenen Jahrzehnten ist vorwiegend auf eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und -planung zurückzuführen. Entscheidungen, welche die Entwicklung Lustenaus beeinflussen – wie die Entwicklung von Betriebsgebieten, Standorte öffentlicher Einrichtungen, öffentliche Grünflächen oder Verkehrserschließungen, werden auf der Grundlage von gemeinsam erarbeiteten Grundlagen getroffen.

Auch Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil unserer lebenswerten Gemeinde.

Lustenau ist familienfreundlich – dieses für mich persönlich enorm wichtige Ziel täglich zu leben, ist Aufgabe und Auftrag an alle Abteilungen und Betriebe in der Gemeindestube.

Eine gut ausgebaute und vor allem leistbare Kinderbetreuung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine entsprechende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die laufende Entwicklung und der Ausbau der Angebote in den vergangenen Jahren ist enorm und soll auch zukünftig weiter bedarfsgerecht erfolgen.

Zu einer hohen Lebensqualität gehört auch ein gut ausgebautes Gesundheits- und Sozialsystem auf hohem, qualitativem Niveau. Herzlichen Dank an alle Menschen, die sich für ein gelingendes Zusammenleben in der Gemeinde einsetzen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Gemeinde ständig wächst und dass sich die Zusammensetzung unserer Gesellschaft permanent verändert. Dieser Herausforderung stellt sich die Gemeinde- und Bundespolizei täglich.

Die Feuerwehr – als weitere wichtige Einrichtung zum Schutz unserer Bevölkerung – freut sich auf die Fertigstellung des Neubaus im kommenden Jahr. Die Erhaltung der Freiwilligkeit und die Stärkung der Mannschaft beim Roten Kreuz und eben auch bei der Feuerwehr ist uns ein großes Anliegen.

Geschätzte Damen und Herren der Gemeindevertretung!

Mit dem vorliegenden Budget haben wir uns ein umfangreiches Programm für das Jahr 2018 vorgenommen.

Herzlichen Dank den Vertretern der Fraktionen, den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, den hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, speziellen Dank dem Team der Finanzabteilung, Mag. Klaus Bösch, bei denen alle budgetrelevanten Wünsche und Informationen zusammenlaufen und die in vielen Runden und intensiven Gesprächen, mit guten Nerven und viel Ausdauer zur Entstehung dieses Budgets einen wichtigen Beitrag geleistet haben.

An dieser Stelle darf ich abschließend auch der Lustenauer Bevölkerung für ihre Steuerleistung danken, ohne der dieser Voranschlag der Gemeinde Lustenau nicht vollziehbar wäre.

Abschließend möchte ich auch all jenen danken, die sich in unserer Gemeinde für die Gemeinschaft engagieren, und das sind viele, und die so wertvolle ehrenamtliche Leistungen in unserer Gesellschaft erbringen.

Ich wünsche ihnen allen besinnliche, ruhige und vor allem fröhliche Weihnachten in Frieden und einen guten Rutsch ins 2018.

Vielen Dank!

Es folgt eine kurze Spezialdebatte zum Voranschlag 2018.

Der Voranschlag 2018 wird mit 27:9 Stimmen von der Gemeindevertretung beschlossen:

Einnahmen der Erfolgsgebarung	€	65.367.300,00
Einnahmen der Vermögensgebarung	€	<u>15.319.400,00</u>
Gesamteinnahmen der Haushaltsgebarung	€	80.686.700,00
		=====
Ausgaben der Erfolgsgebarung	€	55.779.100,00
Ausgaben der Vermögensgebarung	€	<u>24.907.600,00</u>
Gesamtausgaben der Haushaltsgebarung	€	80.686.700,00
		=====

6. ERMÄCHTIGUNG DES GVO ZUR ÜBERSCHREITUNG VON VORANSCHLAGSANSÄTZEN

Die Gemeindevertretung fasst mit 35:1 Stimmen den folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung ermächtigt den Gemeindevorstand nach § 76 Abs 2 GG, Abweichungen vom Voranschlag bis zu 0,3% der Finanzkraft (das sind 2017 € 100.754,-), unabhängig von der prozentuellen Abweichung, zu beschließen. Dies darf laut § 76 Abs 1 GG nur unter der Voraussetzung geschehen, dass eine Bedeckung der jeweiligen Ausgabenüberschreitung durch Einsparungen bei anderen Voranschlagsstellen oder durch nicht für andere Zwecke gebundene Mehreinnahmen gegeben ist. Die vom Gemeindevorstand auf Basis dieser Ermächtigung beschlossenen Abweichungen sind in der darauffolgenden Gemeindevertretungssitzung unter Berichte zur Kenntnis zu bringen.

7. ÄNDERUNG DER ERMÄCHTIGUNG ZUR ENTGEGENNAHME VON BAR-ZAHLUNGEN

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Gemäß § 79 Abs 3 GG werden neben Mag. Klaus Bösch (§ 79 Abs 1 GG) folgende Personen ermächtigt, Barzahlungen an die Gemeinde entgegenzunehmen:

Gemeindekassa:

Fetz Doris
Riedmann Martin
Hollenstein Marlies
Zirker Raimund
Hämmerle Gebhard
Grabher Manfred
Müller Manuel
Geist Vivienne

Bauhof:

Hagen Wolfgang
Hagen Hubert
Bernhard Alexandra
Fitz Reinhard
Suppan Christian
Spechtenhauser Kurt
Troppe Markus
Bösch Heinz

Polizei:

Wagner Markus
Wölk Marc
König Thomas
Schreiber René
Tomasini Werner
Heisig Jutta
Fitz Lucia

Eishalle/Parkbad:

Mortimore Anthony
Jartschitsch Ewald
Ortner Gerd
Hagen Renato
Mätzler Markus
Mandlbürger Harald

Portokassa Sekretariat:

Fiel Gabriele
Lorenz Sabine

Bibliothek:

Grabher Astrid
Ladstätter Peter
Pohn Alexandra
Kullich Sybille
Hume Karin

Bürgerservice:

Peter Jürgen
Golz Brigitte
Müller Karin
Insam Heidi
Bischof Evi
Ulrich Yvonne
Lechleitner Angelika
Hagen Christian
Demiral Melissa

Reichshofsaal/Archiv/Galerie:

Zischg Olivia
Pezzei Michael
Heinzle Oliver
Engel Simone
Waibel Vanessa
Voit Claudia

8. ENTSENDUNG VON VERTRETERN DER GEMEINDE IN ORGANE JURISTISCHER PERSONEN

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Als Vertreter der Marktgemeinde Lustenau in der Generalversammlung der Ortsmarketing Lustenau GmbH wird gemäß § 50 Abs 1 lit b Z 9 Gemeindegesetz Bürgermeister Dr. Kurt Fischer entsendet.

9. ÄNDERUNG DES FLÄCHENWIDMUNGSPLANES BETREFFEND EINER TEILFLÄCHE GST-NR 4335/3

Die Gemeindevertretung beschließt bzw verordnet mit 30:6 Stimmen wie folgt:

Verordnung der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Lustenau über die Änderung des Flächenwidmungsplanes

Gemäß § 23 in Verbindung mit § 21 des Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 39/1996, idgF, wird verordnet:

Der Flächenwidmungsplan Lustenau wird nach Maßgabe der angeschlossenen Plandarstellung vom 05.12.2017 mit der Planzahl 031-333/350 wie folgt geändert:

Das Grundstück Gst-Nr 4335/3, KG Lustenau, Am Neuner, Teilfläche im Ausmaß von ca. 94 m² von Freifläche Freihaltegebiet in Baufläche Wohngebiet."

10. UMSETZUNG EINES REGIONAL ABGESTIMMTEN PARKRAUMMANAGEMENTS

Die Gemeindevertretung fasst mit 27:9 Stimmen den folgenden Beschluss:

Die Marktgemeinde Lustenau beschließt auf mehrheitliche Empfehlung des Planungsausschusses (2 Gegenstimmen), sich am regionalen Parkraummanagement der Gemeinden Brengenz, Hard, Lauterach, Lustenau, Schwarzach und Wolfurt zu beteiligen.

Die Marktgemeinde Lustenau setzt die gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen auf Basis der Zusammenfassung „Mobilität gestalten – Parkraum regional managen“ gemäß dem vereinbarten Zeitplan um (siehe Anlagen).

11. VERLEIHUNG LUSTENAUER UMWELTSCHUTZPREIS 2017

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Lustenauer Umweltschutzpreis 2017 in Höhe von € 2.500,- wird der BULU – Buchdruckerei Lustenau GmbH für herausragende Verdienste um den Umweltschutz zuerkannt.

Die Familie Rosie und Mathias Blaser erhält einen Anerkennungspreis im Wert von € 500,- für ihr vorbildliches, beispielhaftes Umweltverhalten im Familienkreis.


Bürgermeister Dr. Kurt Fischer

